

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 53

SONNTAG, 17. Juni 1934

Aus dem Inhalt:

Die Verurteilungsmaschine
Unternehmer pfeifen auf Arbeitsfront
Hitler wird Zeitungskönig
Käuferpanik in Deutschland

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Die Straße frei von braunen Bataillonen!

Als Hitler von feudalen und kapitalistischen Cliquen die Macht zugeschoben wurde, wußte er vierundzwanzig Stunden vorher nicht, ob er am anderen Tage in der Reichskanzlei oder im Gefängnis sitzen würde. Wer verhaftet wen — das war die Frage. Diese peinliche Erinnerung an die Stunden der Angst der nationalsozialistischen Führer ist über ein Jahr lang niedergeschrien worden durch riesigen Propagandalärm, durch Aufmärsche, durch die Zurschaustellung einer Flut von braunen Uniformen. „Die Straße freiden braunen Bataillonen“ — so riefen sie vor dem 30. Januar 1933. Die Mächte, die ihnen die Straße freigegeben haben, sind indessen nicht verschwunden. Sie haben nicht abgedankt, sie sind noch mächtig, und sie bringen sich heute wieder in Erinnerung. Jetzt geben sie die Parole aus, und sie lautet: „die Straße frei von braunen Bataillonen!“

Es gehen leise und laute Gerüchte in Deutschland und um Deutschland. Man hört nichts mehr von der Herrschaft „für alle absehbaren Zeiten“, nichts mehr von alle Kraftsprüchen, daß die Nationalsozialisten lebend nicht mehr von der Macht weichen würden. Um so deutlicher fragt man sich wieder ganz wie in den Tagen des Sturzes von Schleicher: wer verhaftet wen? Es ist schlecht bestellt um den Glauben an die Unerschütterlichkeit des braunen Systems! Man spürt es an allen Ecken und Enden: Industriefeudalismus, Finanzkapital und Reichswehr überlegen, ob sie ihre politischen Geschäfte nicht selber in die Hand nehmen sollen, da Hitler in den Bankrott steuert!

Aber wo bleiben die braunen Bataillone, „das Schicksal Deutschlands“? Sie gehen auf Urlaub. Es ist ihre Bestimmung, auf Befehl der hohen Herrschaften hin- und hergeschoben zu werden. Sie sind die Staffage zu den politischen Szenen der Cliquenkämpfe. Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln! Sie durften Revolution machen, als es die sozial mächtigen Cliquen für opportun hielten — aber nur ganz programmäßig. Sie durften am 1. April 1933 den Judenpogrom veranstalten, am 2. April wurden sie zurückgepfiffen. Sie durften die „Gleichschaltung der Wirtschaft“ betreiben — bis das Kommando der großkapitalistischen Normalisierer und Hitlers Bannfluch gegen die zweite Revolution sie daran erinnerte, daß sie Hausknechte des Großkapitals zu sein hätten und nicht mehr.

Ihr Chef, Herr Röhm, geht mit ihnen auf Urlaub, er verabschiedet sie mit einem napoleonischen Bulletin:

„Ich habe mich entschlossen, dem Rate meiner Aerzte zu folgen und meine in den letzten Wochen durch eine schmerzhaft Nervenkrankung stark angegriffenen körperlichen Kräfte durch einen Kurgebrauch voll wieder herzustellen.“

Herr Röhm muß sehr krank sein! Eben erst hat er eine sehr schöne und sehr teure Badereise nach Ragusa hinter sich, und nun schon wieder Kurgebrauch? Er hat es mit den Nerven — die scheinen nicht „für alle absehbaren Zeiten“ auszureichen! Natürlich kommt er wieder, daher der Name Urlaub. Wir erinnern uns übrigens, daß auch ein anderer, bei Röhm, Göbbels und Göring nicht sehr beliebter Großwüchenträger der NSDAP, nur auf Urlaub ist: Gregor Strasser. Nebenbei bemerkt: warum hat Göbbels ein ganzes Buch des Hasses und der Hochverrats-

anklage gegen diesen im Dunkeln befindlichen Mann ganz neuerlich fabriziert? Ein Eselsfußtritt — oder politische Furcht?

Die SA, wird natürlich auch wieder kommen, denn, so versichert Röhm in seinem napoleonischen Bulletin: „Die SA, ist und bleibt das Schicksal Deutschlands.“ Wir fragen uns: wie wird Deutschland nun diesen Monat Juli überstehen, wenn die SA, nicht auf der Wacht steht, um Marxisten und Reaktionsäre, Nörgler und Miesmacher, Stahlhelmer und Scharnhorstbündler, Katholiken, Protestanten und Juden mit eiserner Faust niederzuhalten? Man könnte auf den Gedanken kommen, der Urlaub sei nur dazu da, um die Entbehrlichkeit der SA, nachzuweisen! Vielleicht findet auch der Reichsfinanzminister, daß dieser Urlaub den öffentlichen Kassen so wohl tut, daß er bald wiederholt werden müßte?

Wird nicht, wenn „das Schicksal Deutschlands“ schnödes Zivil anzieht, der Stahlhelm wieder auftauchen? Er hat eben erst einen Vorstoß gegen das Totalitätsprinzip gemacht mit der Erklärung, daß über das Geschick des Stahlhelms drei Männer gemeinsam zu entscheiden hätten: Hindenburg, Selde und Hitler. Wo bleibt das Führerprinzip? Klingt das nicht wie eine Wiederauferstehung von Harzburg?

Es ist überhaupt der fatale Zug der gegenwärtigen Systemkrise der braunen Herrschaft, daß überall das Vergangene,

angeblich für Jahrtausende Ueberwundene wieder auftaucht. Die braunen Bataillone können mit Verwunderung um sich blicken: alles schon einmal dagewesen, und heute wieder da? Trotz Hitler, trotz SA, trotz der ganzen großen Revolution? Aber es ist ein Unterschied!

Schon einmal ist die SA, auf Urlaub geschickt worden! Das war im Jahre 1932, nach der ersten Reichspräsidentenwahl, als Hindenburg das SA-Verbot erließ. Damals bemühten sich Feudaladel und Großbesitz darum, daß das Verbot nur zu einem Urlaub werde. Heute wollen die gleichen Mächte den Urlaub als Vorstufe zu einem Verbot! Damals hatten die braunen Bataillone die Perspektive der nationalsozialistischen Revolution, der Wiederauferstehung vor sich. Aber die große Revolution ist vorbei, gründlich vorbei, die Herrschaft Hitlers riecht nach Bankrott, und von Wiederkommen redet nur das napoleonische Bulletin des Herrn Röhm, kein Hitler, kein Schmidt, kein Neurath, kein Schwerin-Krosigk, kein Hindenburg, kein Blomberg und kein General Fritsch! Der letzte am allerwenigsten; denn von dem sagt das Ausland: er wird im Juli der wahre Herr Deutschlands sein!

Wohin mit den braunen Bataillonen, wenn dem ersten Urlaub ein zweiter, und bald der endgültige folgt? In die Reichswehr dürfen sie nicht. Aussicht auf Arbeit — wenn die Arbeitslosigkeit

trotz aller Arbeitsschlachten wieder steigt? Die Jungen haben nichts gelernt als das Landsknechtsleben, die Aelteren haben das Arbeiten vergessen, was haben sie also für eine Perspektive vor sich? Ein paar hunderttausende Erwerbslose mehr. Sie wechseln die Farbe: von den braunen Bataillonen zu den grauen Bataillonen! Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

„Wenn man die Macht hat“ — so schreibt Göbbels — „kann man Geld genug bekommen, aber dann braucht man es nicht mehr. Die braunen Großwüchenträger und mit ihnen das parasitäre Heer der braunen Bonzen haben Geld genug bekommen — aber für die braunen Bataillone reicht es nicht mehr. Die Großen haben so viel, daß sie nichts mehr brauchen — und die SA, kann sich drücken. Sie wird auch nicht mehr gebraucht.“

Es ist Anschauungsunterricht über den Klassenkampf und das Wesen großkapitalistischer Diktatur, der den braunen Bataillonen erteilt wird. Es ist ein gerechtes, ein wohlverdientes Schicksal, es ist Vergeltung! Der Vergeltung entrimt keiner. Heute geht die SA, auf Urlaub. Wann werden die Hitler und Göring auf Urlaub geschickt werden von ihren Auftraggebern? Am Ende aber kommt der große Urlaub, der Urlaub, den wir allen erteilen werden, den Werkzeugen wie den Auftraggebern, der große Urlaub des kapitalistischen Systems!

95 Jahre Zuchthaus!

Zwei Prozesse gegen den „Roten Stoßtrupp“

Am 24. und 26. Mai fanden vor dem Kammergericht in Berlin die beiden ersten Prozesse gegen die Bezirksleiter und Verteiler der illegalen Organisation des Roten Stoßtrupps statt. In dem ersten Prozeß waren 26, in dem zweiten 23 Genossen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat, Bildung einer neuen Partei usw.“ angeklagt. Das Resultat ist geradezu grauenhaft: Es wurden

40 Genossen zu insgesamt 95 Jahren Zuchthaus verurteilt.

während die 9 anderen Genossen freigesprochen wurden.

Die Verhandlung war in beiden Prozessen nur eine Komödie. Alles war schon zuvor entschieden. Trotz der großen Zahl der Angeklagten wurde jeder Prozeß an einem einzigen Tage durchgepeitscht.

Alle von der Verteidigung vorgeschlagenen Zeugen wurden vom Gericht abgelehnt.

Nur die Beamten der Gestapo durften vor dem Gericht als Zeuge auftreten. Es konnte nicht mehr — wie das in anderen Fällen schon geschehen war — gerichtskundig werden, daß fast alle Aussagen der Gefangenen unter Anwendung von Gewalt oder durch Verhaftung von Geiseln erzwungen wurden. Ein Beispiel für viele: Die Gestapo hatte einen Brief abgefangen, in dem die Adresse eines jungen Mädchen enthalten war. Bald darauf gelang es ihr, auch den Schreiber und den Empfänger des Briefes zu verhaften. Der Schreiber des Briefes wurde

im Columbiushaus solange unmenschlich gemartert, bis er ein Protokoll unterschrieb, nach dem das Mädchen die Leiterin eines Bezirkes der illegalen Organisation gewesen sein sollte.

Obwohl diese Angeklagte sich um Politik nie

gekümmert und keinerlei Funktion in der illegalen Organisation bekleidet hatte, schenkte das Gericht den Akten der Gestapo vollen Glauben und verurteilte die völlig Unschuldige zu zwei Jahren Zuchthaus. Ähnlich wurden die meisten anderen Angeklagten „überführt“. Die Richter hatten nur die Akten zu verlesen, die Märchen der Belastungszeugen anzuhören und das Urteil zu fällen. Staatsanwalt und Verteidiger spielten fast keine Rolle: Die drei Verteidiger und der Staatsanwalt haben in jedem Prozeß zusammen eine ganze Stunde gesprochen. Die Angeklagten konnten von ihrem Recht, sich vor der „Urteilsfindung“ zu dem Prozeß zu äußern, überhaupt keinen Gebrauch machen.

Besonders niederträchtig hat sich der Senatspräsident Selbiger benommen.

Die Strafen der einzelnen Genossen variieren zwischen zwei und drei Jahren Zuchthaus (nur in einem Falle wurde auf Gefängnis erkannt). Daran sieht man, daß das Gericht jetzt nach dem neu geordneten politischen „Recht“ vom 2. Mai — sicherlich auf höhere Anweisung — entscheidet, obwohl es sich hier um Ereignisse handelt, die schon über ein halbes Jahr zurückliegen.

Neben diesen beiden Prozessen steht noch die Verhandlung gegen die 10 Hauptangeklagten bevor. Obwohl das Ermittlungsverfahren schon längere Zeit abgeschlossen ist und den einzelnen Genossen die Anklageschrift zugestellt wurde, hat das Reichsgericht die Festsetzung des Termins immer wieder verzögert. Wie es heißt, soll bei den Reichsgerichtsräten große Erbitterung darüber bestehen, daß man sie durch das Gesetz über die Volksgerichte auszuschalten sucht. Darum sollen sie auch Termine für politische Prozesse nicht mehr ansetzen.

Keine einzige Zeitung in Deutschland hat

es gewagt, ihren Lesern etwas von den beiden Prozessen von den 95 Jahren Zuchthaus mitzutellen. Trotzdem geht die Nachricht in Berlin, wo der Rote Stoßtrupp bekannt und sehr geachtet ist, von Mund zu Mund. Die Antwort der Berliner Arbeiter lautet: Nur erst recht!

Käuferpanik in Deutschland

Man schreibt uns aus Deutschland:

Die Furcht vor der kommenden Inflation und die Rohstoffknappheit haben bereits zu einer regelrechten Käuferpanik geführt. Alte Erinnerungen an Inflation und Kriegsnot sind wieder wach geworden. Es wird gehamstert. Die Bevölkerung deckt sich mit den erstaunlichsten Dingen ein: Kleiderstoffe, Wäsche, Schuhe, Kakao. In einem großen Warenhaus, in dem zu billigen Preisen Lederabfälle zu Sohlen und Absatzflecken verkauft werden, hat sich ein ganz großes Geschäft damit entwickelt. Wer nicht Schuhe hamstern kann, der kauft wenigstens Lederflecke, um nicht künftig auf Papier- oder Holzsohlen laufen zu müssen.

Die Sorge vor kommender Gummiknappheit hat zu einer seltsamen Hamsterei geführt. In Massen werden Fahrradreifen und Autoreifen aufgekauft, selbst von denen, die weder Fahrrad noch Auto besitzen. Die Spekulation beruht darauf, daß dieser Artikel bei der beginnenden Absperrung vom Weltrohstoffmarkt zuerst den Sprung in die Inflationspreise machen wird.

Die Flucht in die Sachwerte ist der Vorbote der Inflation. Wenn die Devisen auf dem Nullpunkt angelangt sind, beginnt auch der Tanz der Inflationen. Gegen diese Entwicklung hilft keine Lügenpropaganda.

Der Mörder als Personalchef

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg (GEG) ist seit dem Hitlerkrieg gleichgeschaltet und die Nazis, die sich früher als die unerbittlichsten Feinde der Genossenschaftsbewegung bezeichneten, haben in alle leitenden Stellen der GEG eine große Anzahl ihrer „alten Kämpfer“ untergebracht. Nach welchen hohen sachlichen Gesichtspunkten die Auswahl der Bewerber und die Besetzung der leitenden Stellen im Dritten Reich erfolgt, das beweist ein Beispiel.

Als Personalchef der GEG fungiert jetzt ein echter Nazimann. Er heißt Otto Ernst Heinrich Bammel, ist heute 29 Jahre alt und war früher Handlungsgehilfe. Seine kaufmännischen Fähigkeiten sind nicht bekannt, sie waren auch keineswegs für seine Neuanstellung maßgebend, denn Bammel hat seine Kunst der Menschenbehandlung, über die er als Personalchef eines so großen Betriebes wie die GEG ihm darstellt, verfügen müßte, bereits früher unter Beweis gestellt. Bammel ist ein Mörder. Er hat in der Nacht zum Sonntag, dem 16. März 1931, in einem Autobus, der von Zollenspieker nach Hamburg fährt, mit zwei anderen Spießgesellen das kommunistische Bürgerschaftsmitglied Henning erschossen. Diese Mordtat erregte durch ihre Begleitumstände in Deutschland großes Aufsehen, denn die drei Nationalsozialisten zwangen während der Fahrt den Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver zum Halten und forderten Henning, der in dem Autobus saß, auf, seine Papiere zu zeigen. Als Henning seinen Namen nannte, erwiderten sie: „Den suchen wir gerade“ und streckten im gleichen Augenblick Henning mit mehreren Schüssen nieder. Er war sofort tot. Eine im Wagen befindliche Lehrerin erhielt zwei Beinschüsse. Bammel stellte sich mit einem seiner Mordgesellen in der gleichen Nacht der Hamburger Polizei, der dritte Täter wurde am anderen Tage verhaftet. Mitte November 1931 fand die Gerichtsverhandlung gegen die drei Mörder statt, in der Bammel zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der Staatsanwalt hatte 8 Jahre beantragt.

Zwei Jahre später ist Bammel Personalchef der GEG geworden, und dort entscheidet er heute als klassischer Zeuge der „aufbauwilligen Kräfte der Nation“ über das Schicksal von vielen Hunderten Angestellten und Arbeitern.

Künstler und Leuschner frei!

„Het Volk“ berichtet aus Berlin: Heute sind zwei Sozialdemokraten, die von den Nationalsozialisten auf das Heftigste gehaßt worden sind, aus dem Konzentrationslager entlassen worden. Aus Oranienburg ist der frühere Vorsitzende der Berliner Sozialdemokratischen Partei Franz Künstler freigelassen worden. Künstler, der bereits im Dezember freigelassen werden sollte, verweigerte damals die Unterzeichnung einer Erklärung, wonach er mit keinem seiner früheren Parteigenossen mehr in Verbindung treten würde. Heute ist er freigelassen worden, nachdem er die übliche Erklärung unterzeichnet hat, in Zukunft keine Politik mehr zu betreiben.

Am gleichen Tage ist auch der frühere Vertreter Deutschlands beim Arbeitsamt in Genf, Leuschner, freigelassen worden. Leuschner wurde entlassen auf Intervention von ausländischen Personen, die ihn aus seiner Tätigkeit in Genf kennen. Er ist ein besonderer Feind des Leiters der Arbeitsfront, Dr. Ley, der es ihm zuschreibt, daß er bei der einzigen Zusammenkunft des Arbeitsamtes, an der Ley anwesend war, eine so schmachvolle Niederlage erlitten hat. Leuschner ist heute abend in Berlin angekommen und darf nicht nach seinem eigentlichen Wohnort in Hessen zurückkehren.

Die beiden anderen Sozialdemokraten, die zur gleichen Zeit wie Leuschner verhaftet worden sind, nämlich Karl Mierendorff und Lüdemann sind noch nicht freigelassen.

Zwei Opfer der Marxistenjagd

Zwei Berichte aus der gleichgeschalteten Presse:

„Der frühere oldenburgische Staatsminister und jetzige Kaufmann Julius Meyer hat seinem Leben durch Erhängen in seiner Garage ein Ende gemacht. Meyer, der früher der sozialdemokratischen Partei angehörte, war von 1919 bis 1923 im oldenburgischen Kabinett Tanzen und leitete das Ressort Soziale Fürsorge.“

„Der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Hameln, Müller, der in

Aufmarsch zum zweiten Weltkrieg

Hitler und Göbbels suchen Bundesgenossen

Was sich in diesen Vorsommermonaten auf dem blutgetränkten Boden Europas vollzieht, ist nichts anderes als der diplomatische Probeaufmarsch zu einem zweiten Weltkrieg. Damit ist nicht gesagt, daß dieser zweite Weltkrieg unmittelbar vor der Tür stehen muß oder daß er nicht mehr verhindert werden könnte. Überall sind Kräfte tätig, die, sei es aus Abscheu vor dem Massenmord, sei es aus Furcht vor der Niederlage, die Katastrophe abzuwenden versuchen. Aber überall rechnet man mit der Möglichkeit ihres Eintritts, überall rüstet man für sie militärisch und diplomatisch.

Der Maulheld Göbbels hat jüngst erklärt, eine so demokratische und darum so schwache Regierung wie sie Frankreich jetzt habe, sei für Deutschland nur erwünscht. Aber diese französische Regierung, die, vom Standpunkt der Demokratie gesehen, weit rechts steht, erringt seit einiger Zeit einen außenpolitischen Erfolg nach dem anderen. Es ist dem französischen Außenminister Barthou gelungen, eine Anerkennung des gegenwärtigen deutschen Rüstungsstandes durch die Abrüstungskonferenz zu verhindern und die französische These der Sicherheit wieder kräftig in den Vordergrund zu rücken. In der Saarfrage hat er sich dazu verstanden, in den Termin einzuwilligen, der von dem Vertrag vorgesehen ist, er hat aber dafür sich von Deutschland Zusicherungen geben lassen über die Freiheit und Sicherheit der bevorstehenden Abstimmung. Zusicherungen, die, nicht gehalten, eine mächtige Waffe in der Hand Frankreichs werden können. Daß die Hitlerregierung sich zu solchen Erklärungen verstehen müßte, ist an sich schon eine schwere moralische Niederlage. Man hat sie, wie es im Reich der hemmungslosen Propaganda üblich ist, mit Fahngeschwenke und Siegesjubel zugedeckt.

Der größte Erfolg der französischen Regierung ist aber:

die Versöhnung und neue Freundschaft mit Rußland.

Es galt als der schwerste Fehler der deutschen Außenpolitik, seit Bismarcks Abgang, daß sie den Rückversicherungsvertrag mit Rußland gekündigt und damit den russisch-französischen Zweibund möglich gemacht hatte. Der Alb dieser Koalition lastete auf allen Außenministern der Nachkriegszeit vor Neurath und der Vertrag, der im Jahre 1922 in Rapallo mit Sowjetrußland geschlossen wurde, hatte im Grunde keinen anderen Zweck als den, die Wiederkehr des russisch-französischen Zweibundes zu verhindern. Indem Herr von Neurath den Vertrag von Rapallo zerschlug oder seine Zerschlagung zuließ, hat er die Rolle wieder aufgenommen, die Caprivi, der Nachfolger Bismarcks im Kanzleramt einst gespielt hat.

Dem russisch-französischen Zweibund schließt sich die kleine Entente, die trotz ihres bescheidenen Namens in ihrer Zusammenfassung eine europäische Großmacht ist, als drittes Glied an. Sie hält den vielleicht einzigen Staat Europa, der wirklich mit dem Dritten Reich gleichlaufende außenpolitische Interessen haben könnte, nämlich Ungarn, so fest in der

Zange, daß es sich nicht rühren kann, und schließt im Süden und Südosten den Ring um Deutschland.

Eine besondere Stellung nehmen

England und die Vereinigten Staaten

ein. Sie fühlen sich entweder gar nicht oder nur indirekt durch die deutsche Aufrüstung bedroht, und sie haben den Wunsch, fast um jeden Preis den Frieden zu erhalten. Wenn man bedenkt, welche Erfahrungen diese beiden Weltmächte im letzten großen Kriege gemacht haben, so wird man jedes Verständnis haben für ihr Bestreben, es ein zweites Mal nicht mehr so weit kommen zu lassen. Auf der Verschiedenheit der strategischen Lage und des Grades des Sichbedrohthfühlers beruht die Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England, die in den Reden Barthous und Simons auf der Genfer Abrüstungskonferenz vor aller Welt zum Ausdruck gekommen sind. Sich über solche englisch-französische Auseinandersetzungen zu freuen, wäre vom deutschen Standpunkt aus geradezu kindisch, denn die ganze Geschichte der englisch-französischen Entente ist mit solchen Streitigkeiten ausgefüllt. In der Zeit der Entstehung des Weltkrieges, während des Krieges selbst, in der Frage des militärischen Oberkommandos, nach dem Kriege in der Frage des Rheinlandes, der Ruhrbesetzung bis in die jüngste Zeit hinein hat es immer Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England gegeben, die vor der Welt in keiner Weise verheimlicht, ja manchmal sogar in ziemlich heftigen Formen ausgetragen wurden. Aber an der Tatsache der englisch-französischen Zusammenarbeit hat sich dadurch nichts geändert. Die tölpelhaftige Mischung von überflüssigen Herausforderungen und ebenso überflüssigen Erniedrigungen, die man jetzt für deutsche Außenpolitik hält, ist erst recht geeignet, England wieder ganz fest an die Seite Frankreichs zu bringen.

In Berlin scheint man sich seit den jammervoll mißglückten Expeditionen der Rosenberg und Ribbentrop in dieser Richtung keine Illusionen mehr zu machen. Also geht man anderwärts in der Welt umher, nach Bundesgenossenschaften hausieren. Man verfolgt dabei eine Methode, die stark an die bekannten Inserate von Altkleiderhändlern erinnert: „Postkarte genügt, komme sofort ins Haus.“ So hat man jetzt

glücklich erreicht, daß Adolf Hitler den

Duce in Venedig besuchen darf

und daß Göbbels die Erlaubnis erhalten hat, in Warschau einen Vortrag zu halten. Auf Gegenseitigkeit, die sonst bei Ministerbesuchen eine Selbstverständlichkeit ist, wird kein entscheidendes Gewicht gelegt. Die Regierung der nationalen Ehre hat es ja nicht nötig, eine solche Prestigepolitik zu treiben.

Aber Prestige her — Prestige hin, die Hoffnung, durch Besuche in Venedig und in Warschau den auf Deutschland lastenden Druck mildern zu können, ist und bleibt eitel. Die Führer der italienischen und der polnischen Außenpolitik wären Esel, wenn sie von den zudringlichen deutschen Angeboten keinen Gebrauch machen

wollten. Sie benützen sie, um ihre eigene Stellung gegenüber oder neben dem französisch-russischen Mächtebund zu stärken. Aber

weder Italien noch Polen kann auch nur im Traum daran denken, im Ernstfall auf Deutschlands Seite zu treten.

Denn ein im Kriege siegreiches Deutschland müßte den Anschluß einschließlich Südtirols sowie den Korridor und Oberschlesien als Siegespreis fordern. Daran würden die Verzichtserklärungen, die die nationalsozialistische Partei abgegeben hat, nicht das Geringste ändern. Jede deutsche Regierung würde nach einem siegreichen Kriege zur Erfüllung dieser Forderungen von der Volksstimmung gezwungen werden.

Herr von Neurath, der vor Ausbruch des Dritten Reiches als Botschafter in Rom der Verständigungspolitik treu und ehrlich gedient hat, weiß aus eigener Erfahrung, daß das Verhältnis Deutschlands zu Italien, trotz der Verschiedenheit der Staatsform und der Weltanschauung, in der Zeit, in der es noch Marxisten in der Regierung gab, ganz unvergleichlich besser war, als es heute ist. Außenpolitisch gesehen, war es ja der Gegensatz zwischen Deutschland und Italien, der das unglückliche Oesterreich zu einem neuen Mazedonien verwandelt hat.

Deutschland hat mit Italien in Oesterreich Krieg geführt,

es führt ihn jetzt noch mit Bombenattentaten und Zerstörung von Eisenbahnbrücken fort, aber es hat ihn längst verloren. Und wenn die Entrevue von Venedig mehr als eine bloße Schauveranstaltung sein soll, so kann sie nur den Sinn haben, den Frieden der deutschen Niederlage nach Beendigung des Kampfes in Oesterreich zu bestätigen.

Die deutsche Republik hatte Freunde in der Welt. Das Dritte Reich hat keine. Es hat mehr Feinde als das Kaiserreich hatte, als es vor 20 Jahren in den Krieg ging. Die nationalsozialistische Außenpolitik hat nicht nur die Stellung Frankreichs und der Kleinen Entente gestärkt, nicht nur das russische Riesenreich auf die Seite Frankreichs getrieben, es hat nicht nur in der anglo-amerikanischen Welt das deutsche Volk — wenigstens in seiner heutigen Gestalt — um alle Freunde gebracht, es hat auch die katholische Kirche zum Kampf gezwungen, hat die Welt des Protestantismus gegen sich aufgewühlt, und die als internationaler Faktor keineswegs zu unterschätzenden, von Haus aus stark zu Deutschland geneigten Juden zu seinen Todfeinden gemacht. Es hat im Innern zwar nicht die Marxisten ausgerottet, wohl aber jede Möglichkeit einer Wiederkehr der Stimmung, die im August 1914 herrschte, bis auf den letzten Rest ausgetilgt.

Man wird zugeben: gründlicher, methodischer, gewissenhafter, als es die Hitlerregierung getan hat, kann man die Niederlage Deutschlands nicht vorbereiten. Und in dieser Gewißheit der Niederlage, die von der Hitlerregierung geschaffen worden ist, liegt die stärkste, liegt vielleicht die einzige Hoffnung für die Erhaltung des Weltfriedens.

Hitler wird Zeitungskönig

Der Verlag Ullstein hat eine Erklärung herausgegeben, nach der die Familie Ullstein nun endgültig aus dem Verlag ausgeschieden ist. Sie hat, nachdem sie bereits die Mehrheit im vergangenen Herbst in andere Hände übergeleitet hat, nun auch ihr Minderheitenpaket durch die Deutsche Bank- und Diskontogesellschaft an ein unter Führung dieser Bank stehendes Konsortium verkauft.

Endlich hat man sie kleinbekriegt! Die Konkurrenz hat durch Verbote und Boykott den einst so stolzen bürgerlichen Verlag niedergedrungen. Wer aber das Konsortium ist, das nun Ullstein vollends geschluckt hat, wurde zwar vom Verlag nicht bekanntgegeben, aber inzwischen hat es sich doch herumgesprochen. Es ist der Zeitungstrust Franz Eher Nachf. München, an dem der Herr Reichskanzler Hitler maßgebend beteiligt ist. Die Transaktion war schon lange vorbereitet. Endlich hat man es erreicht, Ullstein und seine umfassende Organisation ist endgültig unter nationalsozialistische Führung gelangt. Die Redaktion des Abendblatts „Der

Angriff“, sowie die „Braune Post“ und der „Illustrierte Beobachter“ werden, wie gemeldet wird, in allernächster Zeit ins Ullstein-Haus übersiedeln.

Gleichzeitig mit dieser Transaktion ist eine zweite ebenso wichtige vor dem Abschluß. Der Eher-Verlag bewirbt sich jetzt um mehrere Blätter des Scherl-Verlags. So soll die „Woche“, die „Elegante Welt“ und das „Film-Journal“ vom Verlag Scherl abgestoßen werden und von Eher übernommen werden. Selbstverständlich für ein Butterbrot. Und dann kommen die Zusammenlegungen. Die „Berliner Illustrierte“ wird mit dem „Illustrierten Beobachter“, die „Grüne Post“ mit der „Braunen Post“, die „Dame“ mit der „Eleganten Welt“ gekoppelt. Der Kampf gegen Scherl aber richtet sich in der Hauptsache gegen die „Nachtausgabe“, die man gerne mit dem „Angriff“ zusammenlegen möchte. Wenn Herr Hitler schon nicht deutscher Kaiser wird, so doch Deutschlands Zeitungskönig!

Die Verurteilungsmaschine

Der neue Strafprozeß im Dritten Reich

Der Hitlerstaat ist emsig dabei, das gesamte Strafrecht dem Bierglashorizont des vermufftesten und unwissenschaftlichsten Spezialisten anzupassen. Mit Wonne liest der Realitätenbesitzer Sowieso beim Morgenkaffee, daß es jetzt dem Verbrecherpack gehörig an den Kragen geht: Im materiellen Strafrecht werden die Strafen gewaltig erhöht, durch den Strafvollzug werden die Kerle fortan so gepiesackt, daß ihnen die Lust vergolzt, nochmal zu sündigen. (Bekanntlich wurden die Verbrecher bisher nur deshalb so oft rückfällig, weil sie sich nach dem Wonne des Zuchthauses zurücksehnten.) Nun kommt noch als Drittes ein Strafprozeß hinzu, der „kurzen Prozeß“ mit der Bande macht und, ohne auf ihr verstocktes Leugnen und auf die Klischees ihrer Advokaten hineinzufallen, sie dahin expediert, wohin sie gehört, ins Kaschott.

So etwa stellt es die gleichgeschaltete Presse dar. Der Reichsjustizminister Gürtner drückt in einem Interview den Grundgedanken des neuen Strafprozesses dahin aus:

Wir mußten uns von dem Gedanken abwenden, der Staat bedürfe einer von Mißtrauen erfüllten Überwachung aller seiner Organe.

Was war das aber für ein Mißtrauen, das bisher gewisse Eigenmächtigkeiten des Strafprozesses bedingte. Dieses Mißtrauen entsprang der immer aufs neue bestätigten Erfahrung,

daß jahraus, jahrein ein gar nicht geringer Prozentsatz Unschuldiger angeklagt und selbst verurteilt wird, und daß der Prozentsatz der unschuldig Verurteilten in dem Maße steigt, wie die Rechtsgarantien zumgunsten des Angeklagten eingeschränkt werden.

Der Realitätenbesitzer Sowieso, der sich schimpfend aufregt, daß ein verknackter Verbrecher sein Urteil noch mit Berufung und Revision anfechten darf, er denkt sofort anders über den Fall, sobald etwa sein eigener Sohn zwischen die Räder der Justizmaschine gerät, wenn dieser infolge seiner Unbeholfenheit vor Gericht in erster Instanz verurteilt wird und nun froh ist, nachdem er bestritten hat, worauf es ankommt, den Schaden in zweiter Instanz reparieren zu können. Man soll nämlich nicht vergessen, daß nicht nur die fünftausend Berufsverbrecher, sondern einige hunderttausend Menschen aus allen Berufsschichten und Klassen jahraus, jahrein mit der Strafsatz in Berührung kommen!

Das ist nämlich das Entsetzliche der sogenannten „Strafreform“ des Dritten Reiches: alles geht unter dem Gesichtspunkt eines auszurottenden Verbrechertums (nach Kennern wie Heindl gibt es vielleicht 4000 bis 8000 Berufsverbrecher in Deutschland), während doch die große Masse der Verurteilten aus gelegentlich Gesträubelten und besehrungsfähigen Schwachen besteht. Die Gefahr, daß Unschuldige verurteilt werden, ist schon dadurch bedenklich gestiegen, als die Hitlerpresse selber alle Tage Beispiele eines unter heutigen Zuständen üppiger denn je wuchernden Denunziantentums bringen muß.

Nun aber wird, wie Justizminister Gürtner mittelt, das Strafprozeßverfahren in einen kalten Verurteilungsmechanismus verwandelt. Zwischen seine Räder zu geraten, bedeutet in Zukunft mit der zureichenden Sicherheit, verurteilt zu werden.

Zu höchster Macht wird die Stellung der Staatsanwaltschaft entwickelt. Die Einrichtung des Untersuchungsrichters soll ganz in Wegfall kommen, seine Funktionen werden der Staatsanwaltschaft übertragen, die nun also auch z. B. über Verhängung und Fortdauer der Untersuchungshaft entscheidet. Die Verantwortung liegt dann gänzlich in den Händen der Anklagebehörde, die instinktiv bestrebt sein wird, die von ihr selber erhobene Anklage als gerechtfertigt zu erweisen. Dabei werden die Machtbefugnisse der Staatsanwaltschaft gegenüber den bisherigen des Untersuchungsrichters bedeutsam erweitert: Untersuchungshaft kann nicht nur wie bisher wegen Flucht- und Verdunklungsfahr angeordnet werden, sondern auch, um zu verhindern, daß der Beschuldigte seine Freiheit zu neuen Straftaten ausnützt. Das bedeutet, daß wegen politischer Vergehen Angeklagte regelmäßig in Untersuchungshaft kommen werden.

Zur Eröffnung des Hauptverfahrens war bisher der richterliche Eröffnungsbeschluß einer Kammer notwendig. Auch diese Entscheidung soll dem Gericht entzogen, der Staatsanwaltschaft übertragen werden. Mit anderen Worten:

Bis zum Beginn der Hauptverhandlung hat überhaupt kein richterlicher Beamter, sondern allein die Staatsanwaltschaft mit dem Verfahren zu tun, ihr soll der Angeklagte als

ihre „Objekt“ wehr- und rechtsmittellos bis dahin ausgeliefert sein.

So üppig die Befugnisse der Staatsanwaltschaft ins Kraut schleßen, so eng werden die der Verteidigung eingeschränkt. Nach Justizminister Gürtner wird die neue Strafprozeßordnung mit dem bisherigen Rechte dadurch brechen, daß sie nicht nur die Rechte, sondern vor allem die Pflichten des Verteidigers festsetzt wird, oberste Pflicht des Verteidigers müsse sein, „das Gericht bei der Findung der Wahrheit zu unterstützen“. Zu deutsch: der Verteidiger muß nach dem Vorsitzenden schielen und, was dieser abweist, hat er sofort fallen zu lassen. Von einer Verteidigung des Angeklagten kann keine Rede mehr sein.

Der Gerichtsvorsitzende wird dafür ein ganz großer Mann werden. Nach dem „Führerprinzip“ soll er ausschweifende Rechte erhalten, welche — das wird nach Gürtners Mitteilungen noch erwogen, 70 bis 80 Prozent aller Strafsachen, die kleineren, sollen überhaupt durch Einzelrichter erledigt werden, wegen der „Verantwortlichkeit“ einer Einzelperson. Die erhöhte Sicherheit, die ein Kollegialgericht durch Ausgleich der Temperamente usw. für ein objektives Urteil verbürgt, fällt also fast regelmäßig fort. Aber auch in den verbleibenden 20 bis 30 Prozent der Fälle, in denen künftig noch Kollegialgerichte entscheiden sollen, wird in Wirklichkeit das Urteil nur beim „Führer“, d. h. beim Vorsitzenden liegen. Die Beisitzer (Beischläfer“ nennt sie der Volkswitz) sollen nämlich entweder nur beratende Stimme erhalten, oder aber der überstimmte Vorsitzende soll das Recht haben, das ihm nicht zusagende Urteil zu kassieren! Der Beisitzer wird danach etwa so viele Rechte haben wie jetzt der zuhörende Referendar, der zu seiner Ausbildung die Urteilsgründe ausarbeiten muß. Welcher Ehrenposten!

Die Laienrichter möchte Herr Gürtner am liebsten ganz abschaffen, er hält sie

für eine „sehr bedenkliche Einrichtung“ („Verbandsverbundenheit der Justiz“ heißt so etwas wohl auf nationalsozialistisch). Allenfalls in den Schwurgerichten will er sie noch beibehalten — die Schöffengerichte also ganz abschaffen — und selbstverständlich müssen die Geschworenen gesiebteste zuverlässige Nationalsozialisten sein. Der Bürger des Dritten Reiches wird also der Juristenzeit auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Ergänzen wir noch, daß selbstverständlich die Rechtsmittel des Angeklagten eingeschränkt werden: statt Berufung und Revision soll er künftig nur die Wahl zwischen Berufung oder Revision haben, aber auch dieses eingeschränkte Recht wird für ihn zum heißen Eisen gemacht: bisher galt zugunsten des Angeklagten der Satz, daß seine Strafe, wenn er allein Rechtsmittel eingelegt hat, von der höheren Instanz nicht erhöht werden darf. Auch diese Rechtswohlthat hört auf! Der Angeklagte, der künftig ein Urteil durch Berufung oder Revision anfecht, riskiert, daß zur Strafe für seine Dreistigkeit und zur Abschreckung für andere ihm noch ein paar Jahre mehr aufgebürdet werden. Welcher Angeklagte wird da noch wagen, Rechtsmittel einzulegen!

Das Resultat ist also: die Anklagebehörde ist Alleinherrin der gesamten Voruntersuchung. Ueber der Hauptverhandlung waltet und schaltet als blitzschleudender Zeus der Vorsitzende. Die Verteidigung ist an die Wand gedrückt. Rechtsmittel einzulegen ist gefährlich.

Mit anderen Worten: Die Gefahr der Verurteilung Unschuldiger wird durch das neue Verfahren verzehnfacht, vielleicht sogar verhundertfacht. Mancher harmlose Spießer, der sich heute noch freut, mit welcher Schmeichelei der Staat gegen das „Verbrecherpack“ vorgeht, dürfte die furchtbaren Qualen des unschuldig Eingesperrten bald am eigenen Leibe erleben!

Justinian.

Jahrmarkt brauner Eitelkeiten

Göring besucht Essen.

Im März stattete der preußische Ministerpräsident Göring der Stadt Essen einen Besuch ab. Für Oberbürgermeister und Magistrat wurde die Frage der Empfangsformalitäten zu einer harten Nuß. Man grub die Akten über den Empfang des Reichspräsidenten v. Hindenburg im Jahre 1925 aus und kam nach ihrem Studium zu dem Beschluß, daß Herr Göring unmöglich in der gleichen schlichten Weise empfangen werden könne. Einem Magistratsmitgliede kam rettend in Erinnerung, daß im Magistratsarchiv noch die Akten über einen Empfang Wilhelms II. verstaubten. Diese Akten wurden ausgegraben. Nach dem gleichen Schema organisierte der Magistrat der Stadt Essen den Empfang des Herrn Göring. Es sei ausdrücklich festgestellt, daß es sich um eine wahre Begebenheit und nicht um einen guten Witz handelt!

Das Vorbild.

Der preußische Minister des Innern bringt einen Runderlaß des Stellvertreters des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, in Erinnerung, in dem die braunen Oberbonzen zu „bescheidener Zurückhaltung“ ermahnt werden:

„Der Stellvertreter des Führers hat in diesem Zusammenhang besonders auf Zeitungsaufsätze, Huldigungsadressen, Bildveröffentlichungen, Geburtstags- und Jubiläumsglückwünsche, Ehrenbürgerschaften, Straßenbenennungen, Beflaggung bei Besuchen usw. hingewiesen. Zugleich wird angeordnet, daß Um- und Neubenennungen von Straßen nach Lebenden nicht mehr stattfinden dürfen.“

„Der Deutsche“ veröffentlicht unter auffälliger, großer Schlagzeile die folgende Mitteilung:

Am 5. Juni wird in Dresden ein Rudolf-Heß-Krankenhaus, ärztliche Forschungsanstalt für natürliche Heilweise eröffnet.

Bei solchem Beispiel werden die braunen Oberbonzen nun alle ganz bescheiden auftreten!

Das Hitlerzimmer.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin gibt bekannt: Bekanntlich

hat sich der Führer im Jahre 1916 als Verwundeter in den Heilstätten Beelitz, deren Eigentümerin die Landesversicherungsanstalt Berlin ist, aufgehalten. Es ist vor kurzem in der Presse zum Ausdruck gebracht worden, daß man heute noch in Beelitz nach dem Zimmer suche, in dem der Führer damals gelegen hat. Dazu ist mitzuteilen, daß es nach vielen Bemühungen in den allerletzten Tagen gelungen ist, das Zimmer zu ermitteln. Es sind deshalb bereits vom Vorstände der Landesversicherungsanstalt Berlin die für eine würdige Herrichtung des Zimmers erforderlichen Vorarbeiten in Angriff genommen, über sie wird in nächster Zeit näheres der Öffentlichkeit berichtet werden können.

Göring spielt Majestät.

Die Berliner Zeitungen veröffentlichen den folgenden, von knechtischer Untertanengesinnung zeugenden Hofbericht über einen Besuch Görings in der Zentralmarkthalle:

„Er wurde natürlich augenblicklich erkannt und, während er den Weg durch die engen Gänge zwischen den einzelnen Verkaufsständen nahm, verbreitete sich die Nachricht von seiner Anwesenheit wie ein Lauffeuer in der Halle. Von allen Seiten strömten Verkäufer und Käufer herbei. Mit der gewohnten Schnelligkeit erließen die Berliner die ungewohnte Situation. Die Händler boten dem Ministerpräsidenten ihre Waren an. Hier und da trat Ministerpräsident Göring an die Verkaufsstände heran und erkundigte sich nach dem Geschäftsgang. An diesem und jenem Verkaufstand bestellte er einige Waren und bat, sie in seine Wohnung zu schicken. An Kinder, die sich besonders zahlreich um ihn ansammelten, verteilte er Kirschen und Erdbeeren, ein ganzer Verkaufstand von Erdbeeren war in wenigen Sekunden geräumt. Der Ministerpräsident selbst ergriff einzelne Körbe und verteilte sie an die umherstehenden Frauen, Kinder und Männer. Seine beiden Begleiter, Adjutant Bodenschatz und der persönliche Referent des Ministerpräsidenten, Ministerialrat Dr. Gritzbach, halten alle Hände voll zu tun, dabei mitzu-

helfen. Achtlich ging es an einem Kuchen- und Brotverkaufsstand zu. Im Nu standen etwa 1000 Menschen um diesen Verkaufstand herum. Mit beiden Händen griff der Ministerpräsident zu und verteilte die Brote. Auch dieses Lager war im Augenblick geräumt. So ging es noch an vielen anderen Ständen her.“

Prag und Greuelpropaganda

Eine blutige Abfuhr.

Die reichsdeutsche Presse attackierte vor einigen Tagen heftig das Prager „Večerní Česko Slovo“, weil dieses Blatt einen Ueberfall brauner Horden auf Bürger des Saargebiets in Forbach lebhaft geschildert hatte. Sie beschuldigte das dem Minister Benés nahe stehende Blatt und die tschechoslowakische Presse überhaupt der Greuelpropaganda.

„Es ist doch beinahe unmöglich, zu glauben“, so heißt es in dem Klageartikel des Göbbels, „daß ein modernes europäisches Blatt der Ansicht sein kann, seine Leser würden derartigen Berichten über eine mittelalterliche Folterjustiz Glauben schenken.“

Darauf erteilt die „Prager Presse“ dem deutschen Propagandachef diese schneidende Antwort:

„Der Redaktion des Blattes (der „Večerní Česko Slovo“, Red. d. N. V.) dürfen, wie den meisten Redaktionen in der Tschechoslowakei eine große Menge von Vorgängen bekannt sein, die in das Kapitel „Greuelpropaganda“ fallen und rechtskräftig erwiesen sind. Es handelt sich um keine Lügen, keine Entstellungen, sondern um Tatsachen. Und es handelt sich nicht um Auslands- oder Emigrantenmeldungen, sondern um Fälle tschechoslowakischer Staatsbürger. Sie klingen „phantastisch“, sie sind so beschaffen, daß es „beinahe ungläublich ist, daß ein modernes europäisches Blatt der Ansicht sein kann, seine Leser würden derartigen Berichten über eine mittelalterliche Folterjustiz Glauben schenken“, und sie sind dennoch wahr und nichts als wahr.“

Von den tschechoslowakischen Zeitungen wird dann weiter gesagt:

Sie haben in Fällen, in denen es ihnen besonders schwer wurde, da tschechoslowakische Staatsbürger betroffen waren, Selbstüberwindung geübt und, ausschließlich von dem Willen beseelt, keine Spannungen zu erzeugen, die Erregung in manchen tschechoslowakischen Kreisen nicht zu vermehren, geschwiegen. Das ist himmelweit entfernt von „perverser“ Greuelpropaganda.

Das ist nicht mißzuverstehen. Es wird ein schwarzer Tag sein für das Propagandaministerium in Berlin, wenn sich diese Büchse der Pandora einmal öffnet.

Deutsche Polenfreundschaft

Da sich das dritte Reich außenpolitisch zu isoliert fühlt, hat Göbbels die nationalistischen Hetzereien dämpfen lassen. Vor allem ist Anlehnung beim polnischen „Erbfeind“ erwünscht, die Presse muß also nach Warschau hin ein freundliches Gesicht zeigen. Dafür tobt sich der Polenhaß in der braunen Grenzliteratur aus. Typisch für diese Hetze ist ein Roman, der kürzlich im Verlag Reclam erschien: Sturmtrupp Brooks. Als Reclambuch ist er auch typisch für den literarischen Tiefstand der hakenkreuzerischen Belletristik: eine Mischung von Kitsch und Sprachverhöhnung, ein Lobgesang auf den blödesten ostelbischen Patriarchalismus. „Heute abend saufste einen, altes Schwein“... „Halt die Schnauze, altes Schwein...“ So geht der alte „knorrige“ Graf mit seinem alten braven Hofmeister um und dem Autor erscheint das sympathisch und von deutscher Kraft. So ähnlich wird auch von den Polen gesprochen. „Auf gut ostpreußisch“ redet der Graf also mit seinem Gott:

... nie werde ich begreifen, wie du den polnischen Schweinehunden die fetten Weichselniederlassung zum Verrotten überlassen konntest...“

In einer Schänke sitzt ein Pole und es heißt: „Das polnische Aas verdirbt uns die ganze Hochzeit...“ Eine Seite weiter schreibt der wackere Graf Dahlen: „Lassen Sie doch das polnische Schwein laufen...“ Das sind nur einige konzentrierte Kostproben. Die ganze Tendenz: Deutschland muß von den Marxisten und der Osten von den „polnischen Schweinen“ gereinigt werden. Die Nazipresse lobt den „nationalen und dichterischen Gehalt“ solcher dilettantischer Schmarren, weshalb Reclam — wie tief bist du gesunken! — schon einige Auflagen verzeichnen kann.

In einigen Tagen soll Göbbels im Lande der „östlichen Erbfeinde“ mit einigen Reden blühen und funkelnagelneue Freundschaft vortäuschen. Die bodenlos niederträchtige Polenhetze in der braunen Literatur von Hitlers Memoiren bis zum „Sturmtrupp Brooks“ wird der Preislügen des dritten Reiches nicht erwähnen.

Unternehmer pfeifen auf die Betriebsordnung

Dreiviertel der Unternehmer antwortet nicht — Von 2000 Antworten eine verwertbar

Als mit dem 1. Mai 1934 durch das Sklavengesetz „Zur Ordnung der nationalen Arbeit“ der letzte Rest des deutschen Arbeitsrechts zerschlagen worden war, wurden die Arbeiter und Angestellten vertrieben, die weitere Durchführung der Neuordnung abzuwarten, die für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den „Idealzustand eines Eigenlebens eines jeden Betriebes“ bringen werde. Grundlage der zukünftigen Gestaltung bliebe der Einzelarbeitsvertrag. Der Arbeitsvertrag wiederum werde entscheidend beeinflusst durch die Betriebsordnung, die für die in einem Betriebe beschäftigten rechtsverbindliche Mindestbedingungen festlegen sollte. Sie wird vom Betriebsführer erlassen.

„Wesentlich ist dabei, daß der Vertrauensrat im Sinne seiner Unterwerfung unter das Führerprinzip keine unmittelbare Einwirkung auf die Gestaltung der Betriebsordnung hat, sondern nur das Recht, den Treuhänder anzurufen.“

Die Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern und Angestellten sollten bis 1. Juli von ihrem „Führer“ (lies Unternehmer) mit der Betriebsordnung beglückt sein. Im „Arbeiterium“ vom 1. Juni schreibt aber Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter Piontek Zeder und Mordio, daß die Sache absolut nicht klappen will. Er hat an mehrere tausend Unternehmer ein Sonderrundschreiben mit der Bitte erlassen, ihm einen Entwurf der künftigen Betriebsordnung zu übersenden und er stellt fest:

„Mindestens drei Viertel dieser Unternehmer haben es vorgezogen, überhaupt nicht zu antworten.“

Von den eingegangenen 2000 Antworten war eine einzige wirklich verwertbar. Wo, so fragt Piontek erstaunt, bleibt der vielgepriesene Unternehmergeist? „Unternehmergeist ist doch ein Geist, der etwas unternimmt“ erklärt Piontek. Da muß etwas geschehen. Also schlägt er vor:

„Es wäre Sache der deutschen Sprachgelehrten den Begriff „Unternehmer“ seiner sprachlichen Anrüchlichkeit wegen aus dem Wortschatz der deutschen Sprache zu entfernen. „Unter“ ist nicht schön (Unternehmen usw.) „Nehmer“ ist erst recht nicht schön und außerdem nicht so seelig wie Geben! Wie wäre es, wenn sich mein Vorschlag durchsetzen würde: Arbeitsschöpfer!“

Piontek bittet ihn wegen dieser Erfindung nicht gleich als „Marxisten“ abzuurteilen. Marxismus sei für unsoziale Arbeitsschöpfer neuerdings ein Schlagwort geworden und er droht:

„Also laßt endlich diese Suche nach Schlagworten, die weiter nichts beweisen, als daß eine bedenkliche Geistesschwäche verdeckt werden soll.“

Nach dieser offeneren Erklärung für sein neues Schlagwort „Arbeitsschöpfer“ versichert der Sprachkünstler des „Arbeiteriums“, daß ja die „Arbeitsschöpfer“ doch außerdem auch noch Führer ihrer Gefolgschaft geblieben seien und als solche eine Betriebsordnung erlassen müßten. Sie brauche nicht gleich ein Meisterstück zu sein, man könne sie wieder zurückziehen und durch eine bessere ersetzen. „Es braucht also niemand trotz des vorhandenen Verantwortlichkeitsgefühls zimperlich zu sein.“ (Der Satz wird von den deutschen Sprachgelehrten noch nachgeprüft werden.)

Die Hauptsache ist, daß die Führer der Betriebe irgend etwas, wie eine Betriebsordnung herausbringen. Als Musterbeispiel wird die Betriebsordnung der Nazi-Firma Bärensprung und Starke in Neu-Frankonau veröffentlicht. Dieses nazideutsche „Musterbeispiel“ sieht wie folgt aus:

Arbeitszeit: In den Wintermonaten 40 Stunden. Ab Februar 48 Stunden, und zwar früh 7 bis 8 Uhr 40 — 9 bis 12 und 1 bis 5 Uhr.

Entlohnung. Seit Oktober 1933 Wochenlohn und zwar bei 40 St. 24,50 Mk. bei 48 Stunden 29 Mk.

Das einzig Positive in dieser Betriebsordnung ist die Belohnung der Achtundvierzigstundigen im Zeichen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Der angegebene Wochenlohn gibt keinerlei Aufschluß, da es sich offenbar um irgend einen Durchschnittslohn handelt, bei dem die höchsten Gehälter und die Arbeiterlöhne zusammengeworfen werden. Die Frage der Akkordlöhne hält Bärensprung nicht für „spruchreif“. Auch alle sonstigen

weiteren Arbeitsbedingungen bleiben unerwähnt. Dennoch erscheint die Betriebsordnung dem Arbeiterium als „die beste“, weil das Fehlen von zwingenden Formen zeigt, daß keine Reibungspunkte vorhanden sind. Inwieweit Sonderleistungen höher zu bewerten sind, „wird die Zukunft lehren.“

Im übrigen wird in dieser Muster-Betriebsordnung erklärt, daß die jetzige Uebergangszeit oft das Austauschen einzelner Männer in der Beschäftigung erforderlich macht. Deshalb sind auch die Bestimmungen der Betriebsordnung noch flüssig.

So sieht die Betriebsordnung aus, in der angeblich die Mindestbedingungen für die Einzelarbeitsverträge enthalten sein sollen. Das ist das Dokument, das man im Arbeiterium, den übrigen „Arbeitsschöpfern“, die jede Betriebsregelung und Bindung für überflüssig halten, als „Die Betriebsordnung“ anpreisen will unter dem Aufruf: „Deutsche Arbeitsschöpfer fangt endlich an.“

Das Arbeiterium begrüßt es, noch besonders, daß die Firma Bärensprung auf die Festlegung von Geldstrafen für ihre Gefolgschaft verzichtet „und dafür freundschaftliche Ermahnung und Erziehung Platz greifen läßt.“

Es wird aber vergessen, zuzufügen, daß die Erwähnung der Bullen in der angeführten Betriebsordnung gänzlich überflüssig ist, weil die neu besetzten Arbeitsgerichte für die Wahrung der „Gefolgschaftstreue und Betriebsdisziplin“ hinreichend Sorge tragen. So heißt es in der kürzlich ergangenen Entscheidung des Arbeitsgerichtes Berlin — 25 A C 127/34:

„Aufgabe und Sinn der Betriebsgemeinschaft ist es, zum Wohle des ganzen Betriebes mitzuarbeiten und alles zu unterlassen was gegen den Geist der Betriebsgemeinschaft verstößt.“

Das Urteil stellt fest: Falls ein Arbeitskammerad einen anderen mit unerlaubten Mitteln zu verdrängen sucht, so könne von einer unerlaubten Handlung dann keine Rede sein, wenn ein Arbeitnehmer im Betrieb durch Rederei und durch Hetzen die Ruhe im Betriebe stört. Der entlassene Kläger hatte es gewagt, sich gegen den „Vertrauensrat“ auszusprechen.

„Hat ein Arbeitnehmer, so heißt es im Urteil, in einer derartigen Weise Unruhe in den Betrieb gebracht, so ist es durchaus berechtigt, die Entlassung eines solchen Arbeitnehmers zu verlangen.“

Bluff statt Arbeitsbeschaffung

Im Bayrischen liegt das kleine Städtchen Allach, das zwischen drei- und viertausend Einwohner zählt. Der Ehrgeiz des nationalsozialistischen Bürgermeisters erlaubte ihm nicht, länger mit dem Herausstellen von Erfolgen seiner Tätigkeit hinter den anderen „Pg.“ zurückzubleiben. So erschien denn kürzlich im „Völkischen Beobachter“ unter dem vielsagenden Titel „Vorbildliches Arbeitsbeschaffungsprogramm einer kleinen Gemeinde“ ein Artikel, in dem „die Frucht nationalsozialistischer Kommunalwirtschaft“ ausführlich dargestellt wird. Der Pg.-Bürgermeister hat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das sich auf mehrere Jahre erstreckt. Interessiert sieht man sich das „vorbildliche Arbeitsbeschaffungsprogramm“ an. Als einzige positive Leistung der Gemeinde werden Ausschachtungsarbeiten mit einem Kostenaufwand von 21.500 Mark aufgeführt. Ein für den Sommer angekündigter Straßenbau scheint so geringfügig zu sein, daß der Kostenaufwand nicht einmal genannt wird. Solche Arbeiten und auch umfangreichere haben kleine Gemeinden unter der „marxistischen Mißwirtschaft“ früher jährlich durchgeführt, ohne daß sie das geringste Aufheben davon machten. Dann werden weiter aufgeführt:

1. „Fortsetzung des 2-Millionen-Programms der Lokomotivfabrik Krauß-Maffel.“
2. „Bürgermeister Dr. Hering will die Firma Krauß-Maffel zu bewegen versuchen, Wohnbauten für die Werksangehörigen anzuführen.“
3. „Zur Befehung des Baugewerbes wird der Bau von Luftschutrräumen durch die großen Industriefirmen angestrebt.“
4. „Auf gemeindeeigenem Grunde soll

Die Presse der Arbeitsfront fügt noch hinzu:

„Der Arbeitnehmer darf nicht die Ungelegenheit der Mitglieder des Vertrauensrats durch ständige Hetze im Betriebe kritisieren, da eine derartige Störung des Arbeitsfriedens die irtstlose Entlassung zur Folge hat.“

„Es ist eigentlich nicht zu verstehen, warum sich die deutschen Unternehmer (pardon Arbeitsschöpfer!) noch sträuben, die vorgeordnete Betriebsordnung allgemein zu übernehmen und die Bestrafung kritisierender Arbeiter und Angestellten den Arbeitsgerichten zu überlassen. Es kann ihnen wirklich nichts passieren. Piontek hat recht, wenn er den Unternehmern nochmals zuredet, doch eine Betriebsordnung zu erlassen, indem er beruhigend versichert:

„Ich glaube, daß heute nur noch Wahnsinnige den Mut aufbringen werden, böse Auswirkungen zu wollen.“

Um die letzte Scheu zum Erlaß der Betriebsordnung bei den Unternehmern zu beseitigen, hat ihnen auch noch der Führer der Arbeitsfront auf dem 2. Arbeitskongreß erklärt:

„Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit ist verkündet, der Unternehmer ist und soll nach dem Willen der Gesetzgeber wiederum der Herr im Hause sein“

denn so fuhr Dr. Ley fort:

„Wir wollen keine verschüchterte und verängstigte Arbeitgeberschaft. Wir wollen Herrenmenschen züchten.“

Wenn die Herren „Arbeitsschöpfer“ trotz all dieser Chancen immer noch zögern die sog. Betriebsordnung herauszugeben, so sind sie offenbar der Auffassung, daß sie als staatlich anerkannte Herrenmenschen nicht nötig haben, überhaupt irgend welche Bindung gegenüber ihren Arbeitssklaven einzugehen. Sie zeigen, daß alle Gesetze des Dritten Reiches nur für die Arbeiter gelten, während die Unternehmer herrschen — selbst über das Gesetz. Es wird also zum 1. Juli 1934 nach all den pompösen Ankündigungen noch nicht einmal formal eine soziale Betriebsordnung im Hitler-Deutschland geben. Auch dieser Schwindel wird offensichtlich; der Enttäuschung vom 1. Mai 1934 wird die des 1. Juli 1934 folgen und so weiter — bis die deutsche Arbeiterschaft den Zeitpunkt für gekommen erachtet, selbst Ordnung in den Betrieben zu schaffen!

eine Siedlung der Kriegsbeschädigten entstehen, doch ist die Finanzierungsfrage noch nicht gelöst.“ — Also hat's damit noch gute Weile!

5. „Für den Winter ist der Bau eines Schulhauses... geplant — nicht gesichert!“

6. „Der angestrebte Bahnneubau wird Wirklichkeit; seitens der Reichsbahn liegen bestimmte Zusagen vor und die Arbeiten dürften im Herbst begonnen werden“ — dürften... demnach noch fraglich!

7. „Zwei gewaltige Straßenprojekte sind für die Zukunft vorgesehen“ — für welche Zukunft?

8. „Weiterhin wird eine Verbesserung der Verkehrsbedingungen angestrebt“ — du lieber Himmel, in welcher Gemeinde wird sie nicht angestrebt?

9. „Eventuell“ — eventuell! — „Verlängerung der Straßenbahn bis Allach.“

10. „Ein Stolltrupp der Arbeit soll die Wohnungsverhältnisse eingehend studieren... um die Durchführung von Instandsetzungsarbeiten zu erwirken.“

So sieht das „vorbildliche Arbeitsbeschaffungsprogramm einer kleinen Gemeinde“ aus, daß außer dem Bauvorhaben der Lokomotivfabrik und der Reichsbahn (das noch nicht sicher ist!) nicht eine einzige positive Maßnahme für die Arbeitsbeschaffung bietet! Alles andere sind nur Versprechungen, Pläne, faule Wechsel für die Zukunft.

Aus einem Arbeiterbrief

— — — Du glaubst nicht, wie furchtbar das alles ist, was uns heute zugemutet wird: Unser Gauleiter, der Konditor Schmalz in Hannover, der nach dem Siege der nationalen Revolution sozusagen vom Lehrling gleich zum Innungslehrenobermeister mit Ehrenlohn er-

nannt wurde, möchte zu gerne glänzen. Seine Stellung als Gauleiterstellvertreter ist ihm zu wacklig. Darum kopiert er seinen Kollegen Koch aus Ostpreußen und macht den amtlichen Stellen blauen Dunst vor. Und so kommt es, daß wir in unserem Bezirk an der sagenhaften Autobahn in zwei Schichten beschäftigt werden. Trotzdem glaubt niemand von uns an die Fertigstellung dieser Bahnen. Aus diesem Grunde ist es für uns um so schlimmer, diese furchtbare Plackerei und Schinderei zu ertragen.

In der letzten Woche hatte ich Frühlingschicht. Das heißt, ich muß um 2 Uhr nachts aufstehen, fahre 3 Uhr 15 mit der Eisenbahn an meinen Arbeitsplatz, wo um 4 Uhr morgens mit der Arbeit begonnen wird. Die Arbeitszeit dauert bis 12 Uhr 30 Min. mittags. Um 2 Uhr 15 bin ich völlig zerschlagen wieder im Hause.

Schlafen kann ich nicht vor dem Dunkelwerden, da in unserem Armeuteuhause, wie Du weißt, am Tage viel Leben ist. Trotzdem muß ich die nächste Nacht um 2 Uhr wieder hoch.

In der anderen Woche habe ich dann Tagesschicht. Dann muß ich morgens 10 Uhr 45 abfahren und komme abends um 11 Uhr wieder zu Hause an.

Und für solch eine Pierdetour von mehr als 12 Stunden bekommen wir den horrenden Lohn von brutto vier Mark. Von diesem Lohne gehen noch alle Abzüge und Fahrgeid herunter, so daß kaum das Nötigste zum Leben bleibt.

Man hat uns Arbeitern von der Reichsautobahn also nicht nur die Freiheit und die Arbeitskraft, sondern, wie Du aus obiger Zeitrechnung ersiehst, auch die Sonne gestohlen.

Aber trotzdem lassen wir den Mut nicht sinken...

Sozialfürsorge ohne Rücksicht...

In der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“, Berlin, gibt Stadtmedizinalrat Dr. Klein, Berlin, darüber Auskunft, nach welchen Gesichtspunkten im Dritten Reich kinderreiche Familien unterstützt werden:

„Die Verwaltung hat beschlossen Ehrenpatenschaften den dritten und vierten Kindern zu verleihen... Es muß aber ausdrücklich festgestellt werden, daß diese nicht einfach eine Unterstützung für Kinderreiche sein sollen, wie wir sie aus früheren Zeiten gekannt haben, sondern es ist hier etwas ganz Neues geschaffen worden, nämlich die Anregung zur bewußten Aufzucht erbgesunder Kinder. Es kann also die Patenschaft ohne Rücksicht auf die Vermögenslage jeder erwerben, der ein drittes oder viertes rassenreines und erbgesundes Kind aufzieht. Die Auswahl solcher Familien macht natürlich sehr viele Schwierigkeiten. Sie geschieht in der Weise, daß die Eltern, die sich zur Verleihung der Patenschaft melden, zunächst, soweit dies nicht schon vor der Eheschließung geschehen, nachträglich erbiologisch geprüft werden. Weiter werden die beiden vorhandenen Kinder untersucht und dann im weiteren Ausmaß auch die gesamte Sippe durchforscht.“

Also Onkel, Tante, Vetter, Base, Großnichte usw. Bei diesem Verfahren haben natürlich erwerbslose Familien, in denen seit Jahren Not herrscht, in denen tuberkulöse, rachitische, skrofulöse Erkrankungen nichts Seltenes sind, recht wenig Aussicht auf die Patenschaft und auf die damit verbundene Geldunterstützung. Auf die Vermögenslage wird ja „keine Rücksicht“ genommen. Bei dieser Art Erbgesundheitspflege geht das deutsche Volk langsam vor die Hunde.

Intelligenzbestien

Ortsgruppenleiter Seehofer, Lauf, eröffnete im Sprechabend bei der Ortsgruppe Altstadt, Sektion Egidien, den Kampf gegen Kritiker, Miesmacher und Besserwisser. Er gelobte in scharfen Worten die staatsfeindliche Tätigkeit jener notorischen Nichtsköner, konfessionellen Hetzer und sonstigen Kerle, die vor der Machtübernahme den Nationalsozialismus bekämpften und in den Dreck zogen. Wenn diese feinen Leute heute glauben, nachdem sie 14 Jahre lang alles getan haben, um den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes zu verhindern, nunmehr ihr Intelligenzbestien in das deutsche Volk hineinspritzen zu können, so bekennen sie sich damit zu den Feinden Deutschlands und müssen damit rechnen, in Zukunft entsprechend behandelt zu werden.

Fränkische Tageszeitung.

Führer zu Ramschpreisen!

„Werden Sie eine Persönlichkeit! Nur wenn Sie innerlich gefestigt sind, werden Sie den Weg zum Erfolg beschreiten können. Wir zeigen Ihnen diesen Weg durch die „Schule der deutschen Persönlichkeit“... für monatlich nur RMk. 1,25. Ein Inserat. Jeder sein eigener „Führer“ — für nur 1 Mark 25 Pfennige!“

Schutt und Schmutz - das Wesen der Diktatur!

Mussolini und Hitler

Von Dr. Richard Kern.

Was hat der Faschismus nicht alles versprochen! Ein neues Reich der Wohlfahrt und des Glückes wollte er heraufführen, in dem der Bauer und Handwerker, erlöst von der Zinsknechtschaft des raffenden Kapitals und dem Steuerdruck des „liberalistischen“ Systems, befreit von der Konkurrenz der großkapitalistischen Unternehmungen, eine gesicherte und auskömmliche Existenz genießen, in dem der Arbeiter, froh der Segnungen des neuen Sozialismus, im gesicherten Arbeitsplatz des höheren Einkommens teilhaftig würde, das die neue Führung der autarken Wirtschaft und die nationale Opferbereitschaft der Unternehmungs ihm sichern. Eine saubere Staatsführung würde unter stetiger Erleichterung der Steuerlasten den Staatshaushalt in Ordnung halten, den Beamtenapparat einschränken und die Schuldenlast vermindern. Das geeinte Volk, von neuer Würde erfüllt, im Vertrauen zum Führer geeint, würde in wiedergefundener Kraft der bewundernden Welt das Gesetz seines Handelns auferlegen... Die Voraussetzung ist in Erfüllung gegangen: das Volk wurde in seinem Führer geeint — mit Lug und Trug, mit Terror und Mord und Konzentrationslagern, die demokratische Selbstbestimmung restlos beseitigt, die faschistische Staatsgewalt wurde schrankenlos.

Zwölf Jahre ist Mussolini an der Macht, übt er unumschränkte Herrschaft. Als er sie übernahm, setzte der erste große wirtschaftliche Aufschwung ein, der 1924 und 1925 kurz unterbrochen, in der Hochkonjunktur von 1929 gipfelte. Italien hatte, anders als Deutschland, keine Kriegskriegs- und der Sieg hatte wertvollen Gebietszuwachs gebracht.

Zwölf Jahre regiert Mussolini... Große öffentliche Arbeiten wurden unternommen, neue Stätten der römischen Kultur freigelegt, aus aller Herren Länder strömten gefällige Journalisten, Künstler, Literaten zusammen und verkündeten den Ruhm des Regimes. Die pontinischen Sümpfe wurden getrocknet, ohne Rücksicht auf die Kosten neues Ackerland gewonnen. Die Weizenschlacht wurde begonnen, Italien sollte in der Lebensmittelversorgung autark werden — ohne Rücksicht auf die Kosten; denn die Nahrungsfreiheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Kriegsführung. Und deshalb wurde die Wirtschaft „angekurbelt“, die Elektrizitätsversorgung subventioniert, um von der ausländischen Kohlenzufuhr möglichst unabhängig zu werden, die Waffen- und Motorindustrien gefördert.

Vor kurzem hat Mussolini in der italienischen Kammer eine große aufsehenerregende Rede gehalten. Hat er von der siegreichen Weizenschlacht, von den Erfolgen seines Systems, von den Segnungen des Faschismus gesprochen? Ach nein! Der Diktator erneuert nicht mehr die Versprechen, mit denen er die Macht ergattert hat. Er hat sich mit dem Elend abgefunden.

„Wir gehen“, erklärt Mussolini, „einer Periode entgegen, in der die Menschheit auf einem tieferen Niveau ihrer Lebenshaltung ihr Gleichgewicht finden wird. Aber man braucht sich deshalb nicht zu beunruhigen. Diese Menschheit kann eine starke Menschheit sein, fähig des Enthusiasmus und des Heroismus.“

Der faschistische Herrscher findet sich mit dem Elend der Beherrschten ab, in der Hoffnung, daß sie geeignetes Kanonenfutter bleiben. Aber warum das Geständnis? Und warum jetzt?

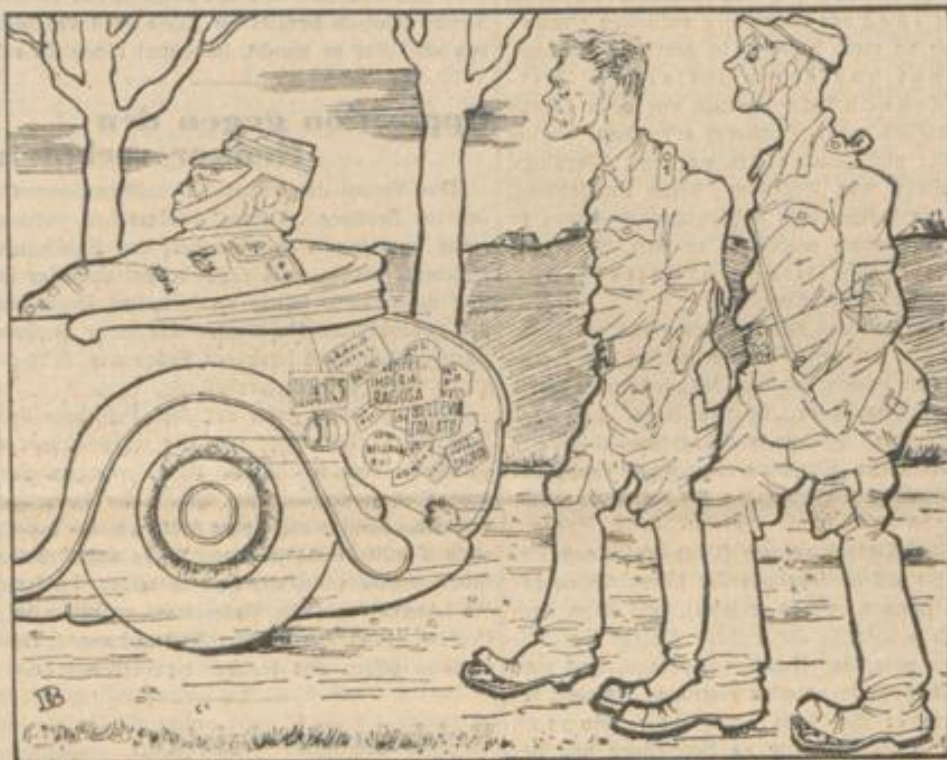
Nach 12 Jahren Faschismus ist die italienische Wirtschaft und der italienische Staat bankrott infolge der Verschwendung, der Korruption, des skrupellosen Leichtsinns, der Ignoranz und der Hochstapelei des von jeder öffentlichen Kritik und jeder demokratischen Kontrolle befreiten Systems.

Das italienische Banksystem hat noch vollständigeren Bankrott gemacht als das deutsche, obwohl es keinen plötzlichen Run ausländischer Gläubiger ausgesetzt war. Es mußte mit verhältnismäßig noch größeren Kosten als das deutsche vom Staat mit Hilfe der Notenbank saniert werden. Die italienischen Banken waren vollgepfropft mit faulen Schulden der Industrie, die sie unter dem Druck der Diktatur wahllos gewähren mußten. Die überschuldete, künstlich aufgezüchtete Industrie gehörte praktisch den Banken. Um sie überhaupt wieder funktionsfähig machen, wurden alle diese festgefrorenen Engagements in eine neue Industrierestrukturbank eingebracht, deren Kapital vom Staat mit Hilfe der Notenbank aufge-

zeit fristlos kündbar sind. Die Bonds erreichten Ende März die gewaltige Summe von 10,3 Milliarden. Es ist also eine gefährliche Festlegung, eine fortschreitende Illiquidierung aller verfügbaren Mittel erfolgt — ein Prozeß übrigens, wie er jetzt auch in Deutschland beginnt.

Die wirtschaftliche und finanzielle Bankrottspolitik wird verschärft durch die faschistische Wirtschaftspolitik und Rüstungspolitik. Der Einfuhrbedarf trotz aller autarkistischen Experimente hoch, aber der Export geht immer weiter zurück. In den ersten vier Monaten stieg das Defizit der Handelsbilanz auf 965,8 Mill. Lire gegen 552,6 Mill. Lire des Vorjahres. Die Goldreserven der Bank von Italien erlitten in derselben Zeit einen Verlust von über 600 Millionen Lire.

Dem Ende zu!



Gar bald wird es wohl heißen, ein Vogel ohne Nest — O Bruder, nimm den Bettelstab, SA bist du gewest

bracht ist. Resultat zwölfjähriger faschistischer Wirtschaftspolitik:

Ein Staatskapitalismus, der alle zweifelhaften und unrentablen Wirtschaftsunternehmungen umläßt und ein Rest von Privatkapitalismus, der die noch profitbringenden Zweige ausbeutet!

Gegenwärtig, sagt Mussolini, ist es „der Staat, der drei Viertel der italienischen Industrie und Landwirtschaft seine Hilfe gewähren“ muß. Das sei die Schuld der Banken, Kapitalisten, Industriellen und Grundbesitzer, die das hart erworbene Geld der Einleger, Gläubiger und Aktienbesitzer verwirrschaftet hätten. Das mag schon wahr sein. Aber was hat die Allmacht Faschismus, die Allgewalt des Führers getan, um diese frevelhafte Wirtschaft zu verhindern? War denn Mussolini je etwas anderes als der skrupellose Klopffechter, der italienische Faschismus etwas anderes als der brutale Stoßtrupp des italienischen Kapitalismus?

Der Staat, der der bankrotten Wirtschaft helfen soll, ist selbst bankrott. Das Defizit im Staatshaushalt betrug am 28. Februar 3 Milliarden Lire und wird bis zum Ende des Fiskaljahres (30. Juni) etwa 7 Milliarden erreichen (1 Lire ungefähr $\frac{1}{4}$ Goldmark). Die Schuldenlast, an sich furchtbar drückend, stieg rapid um 88 Milliarden im Juli 1930, auf 96 im Januar 1933 und auf 102 Milliarden Ende März 1934. In den Dienst der Staatsfinanzierung werden sämtliche flüssigen Mittel des Landes gestellt, namentlich die der Postsparkassen. Diese geben Postsparkassenbonds aus, die von den Inhabern jeder-

Die Lire hat in den letzten Wochen einen Schwächeanfall und ihr Kurs sank auf den internationalen Börsen um zirka 5 Prozent. Seitdem ist eine leichte Befestigung eingetreten und hartnäckig erhält sich das Gerücht, daß die Bank von Frankreich der italienischen Notenbank Hilfe gewährt hätte, was, die Richtigkeit vorausgesetzt, auch von erheblicher politischer Bedeutung wäre.

Dieser Vorfall von Wirtschaft und Finanzen spielt sich nun auf der Unterlage eines ohnehin schon unglaublich niedrigen sozialen Niveaus ab.

Das Elend der bäuerlichen Massen, der Landarbeiter, Halb- und Viertelpächter, der Arbeiter und Beamten, deren Löhne und Gehälter fortwährend reduziert wurden, ist immer groß gewesen und der Faschismus steigert es fortwährend. Der Lohnindex im Jahre 1933 betrug nur noch 85,5 Prozent (1928/1929 = 100) und die Gehälter der in öffentlichen Diensten stehenden wurden 1930 allgemein um 12 Prozent herabgesetzt. Jetzt ist Mussolini zu einem neuen Angriff geschritten. Die Finanzen sollen saniert werden, die Krise wird beängstigend. Aber, erklärt Mussolini in seiner Rede, der „Steuerdruck hat seine äußerste Grenze erreicht. Der italienische Steuerzahler muß eine Zeitlang absolut in Ruhe gelassen werden. Wenn möglich, muß er entlastet werden, soll man ihn nicht eines Tages unter seiner schweren Last zermalmt tot auffinden!“ Aber auch Anleihen sind nicht mehr möglich und so dekretiert der Führer einen neuen Lohn- und Gehalts-

abbau der Staatsangestellten von 6 bis 12 Prozent, wobei die Teuerungs- und Familienzulagen sogar um 10 bis 50 Prozent verringert werden. Zugleich werden die Mietzinse der Wohnungen um 12 und die der Geschäftsräume um 15 Prozent herabgesetzt und jener Kampf für Preisherabsetzung angekündigt, dessen Erfolglosigkeit sich stets nach kurzer Zeit herausstellt.

Dem Angriff Mussolinis auf die Kaufkraft und das Lebensniveau der Staatsangestellten ist der Angriff des Kapitals auf die Arbeiter auf den Fuß gefolgt. Die italienische Großindustrie führt gleichfalls einen Lohn- und Gehaltsabbau von 8 bis 12 Prozent durch und der Leiter des Reichsverbandes der italienischen Industriellen, Alveerto Pirrelli hat die Frechheit, Mussolini zu telegraphieren:

„Die italienische Industrie befolgt mit glühender Ueberzeugung und geschlossener Ergebenheit die von Ihnen mit Meisterhand vorgezeichneten Richtlinien, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und den Export zu erhöhen, damit die Unveränderlichkeit der Währung gesichert und die Volkswirtschaft gefestigt wird.“

Fortschreitender Bankrott, zunehmende Verelendung der geknechteten Massen, wachsende Not der Bauern, steigende Bedrängnis des städtischen Mittelstandes, Bruch aller Versprechungen — das ist das Resultat der Herrschaft des Faschismus. Daher Mussolinis erzwungenes Geständnis von der kommenden Periode der niedrigen Lebenshaltung. Aber nicht um die „Menschheit“ handelt es sich, sondern um die ihrer Rechte und ihrer Selbstbestimmung beraubten Massen in den Ländern der Diktatur.

Dem Mussolini freilich bleibt nichts übrig als der Appell an die bestialischen Instinkte. Denn was er als „Enthusiasmus“ und „Heroismus“ verherrlicht, ist ja nichts anderes als die Weckung der Mordlust zu einem europäischen Bürgerkrieg.

„Nie von Abrüstung sprechen... Die Geschichte lehrt uns, daß der Krieg stets die Höherentwicklung der Menschheit begleitet... (Auch wenn er uns in die faschistische und nationalsozialistische Barbarei zurückstößt?) Der Krieg ist für die Massen, was die Mutterschaft für das Weib... Ich glaube nicht an den ewigen Frieden, der die Grundtugenden des Mannes verneinen würde, der sich erst im blutigen Kampf zum vollen Licht der Sonne erhebt.“

Doch diese Blutlyrik hat ihre prosaische Seite. In derselben Rede, in der Mussolini das Elend der Massen, den verzweifelten Zustand der Wirtschaft und der Finanzen enthüllt, werden neue Rüstungsausgaben angekündigt; von 1934 bis 1940 wird eine Milliarde für neue Kriegsschiffe und eine zweite für Erneuerung der Luftstreitkräfte bereitgestellt. Die italienische Rüstungsindustrie kann beruhigt sein und die Bankrottwirtschaft dauert fort.

Wie der Herr, so's Gescherr! Dem großen Duce folgt der kleine Göbbels. Er hat die Rede des Meisters sofort in ein schlechtes nationalsozialistisches Deutsch übertragen — Geständnis sowohl als Appell an die Bestialität. In einer Rede gegen die Miesmacher in Bremen gestand er:

„Wenn von den Kritikern und Nörglern gesagt wird, ja, aber drei Millionen stehen noch draußen und haben keine Arbeit, so halten wir es für sozial richtig, daß die vier Millionen, die in Arbeit stehen, sich mit niedrigeren Löhnen begnügen, bis auch die andern in Arbeit stehen. Wir wissen, daß der deutsche Arbeiter das niedrige Lohnniveau überstehen wird; denn ihm wird es lieber sein, in einem Regime zu arbeiten, das nur auf Ehrlichkeit und nicht auf Illusionen aufgebaut ist.“

Es ist gewiß nett von diesen lumpenproletarischen Emporkömmlingen, daß sie

zu den riesigen Einkommen auch noch die Gewißheit erworben haben, daß die Arbeiter schon das „niedrige Lohnniveau überstehen“ werden! Die Hitler und Göbbels und Göring und Ley's werden es von der Höhe ihres neu erreichten Lohnniveaus zunächst ruhig abwarten können in der anderen Gewißheit, daß die „Regierung, wenn die Not des Landes es erfordert, ein scharfes und erbarmungsloses Regiment führen muß.

Aber festhalten wollen wir das Geständnis, das bisher als Grauelmärchen gezoiten hat, daß eine allgemeine Lohnreduktion erfolgt, daß die Kosten der Arbeitsbeschaffung, soweit sie überhaupt stattgefunden hat, zu Lasten der beschäftigten Arbeiter gegangen ist, daß die Not unter Hitler gestiegen und noch nicht zurückgegangen ist.

Wenn aber Göbbels jetzt meint, daß die Nationalsozialisten „nichts weiter hätten tun können als nur den Schutt und Schmutz wegräumen, den wir bei der Machtübernahme voranden“, so steht das in unlöslichem Widerspruch zu den Ruhmesreden des Propagandaministers, der bis vor kurzem nicht genug daherschwätzen konnte über das Vollbrachte, über die ungeheueren Leistungen. Jetzt wird selbst der Lautsprecher der Diktatur erheblich kleinlaut. Denn die Nationalsozialisten haben zwar keinen Schmutz und Schutt aufgeräumt, sondern ihn in riesiger Höhe aufgehäuft.

aber weggeräumt haben sie — und gründlich den Goldschatz der Reichsbank. Er ist jetzt auf 120,5 Millionen gefallen; die Notendeckung beträgt 3,4 Prozent und die Krise wird immer würgender.

Die Maßnahmen der Kriegswirtschaft verschärften sich. Die Ueberwachungsstelle für Kautschuk hat Höchstsätze für die Rohgummiverwendung pro Decke bzw. Schlauch der Fahrräder erlassen, um Devisen bei der Einfuhr von Gummi zu sparen und bald wird man statt auf Gummireifen auf Drahtspiralen, in das Elend des Dritten Reiches fahren müssen. Die Ueberwachungsstelle für unedle Metalle hat angeordnet, daß Kupfer und dessen Legierungen zu Freileitungen für die Elektrizitätsversorgung im Inlande nicht mehr verarbeitet werden darf. Der „Völkische Beobachter“ warnt eindringlich vor dem „Run auf Güter mit ausländischen Rohstoffen“, und die gute Beschäftigung der Textilindustrie, der man bisher die Stoffe ohne Ersatz aus den Händen gerissen hat, ist im Abflauen...

Aber das ist noch nichts gegenüber der sensationellen Enthüllung, die der letzte Bericht der Arbeitslosen-Anstalt bringt. Zunächst berichtet er brav und „bieder“ einen neuen Rückgang von 80.000 und man wundert sich höchstens über die diesmalige Bescheidenheit,

da im Mai des Vorjahres der Rückgang 292.000 Arbeitslose umfaßt haben soll.

Aber dann erfährt man, daß plötzlich nicht weniger als 100.000 Notstandsarbeiter und dazu noch Stamarbeiter, die mit ihnen zusammen beschäftigt waren, entlassen worden sind!

Die „Arbeitsschlacht an der Marne“ wird man künftig diesen Hee-

Mitglied Nr. 61

Unter den vielen Bildern, die die gleichgeschaltete Presse, vor allem die Festschau des „Illustrierten Beobachters“, vom letzten Nürnberger Naziparteitag gebracht hatte, war auch eines, das den Führer Hitler zeigte, wie er dem Mitglied Nr. 61 die Hand schüttelte. Dieses Mitglied Nr. 61 war aber auch ein weißer Rabe, denn es hatte bisher noch nicht auf seine Rechte gepocht und war durch Hitlers Sieg noch nichts geworden. So etwas war noch nicht dagewesen.

Doch in anderer Beziehung war dieses Mitglied Nr. 61 kein weißer Rabe. Denn es wurde in diesen Tagen von einem Berliner Gericht wegen Rückfalldiebstahles zu sechzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Zu sechzehn Jahren Zuchthaus! Nur wegen Rückfalldiebstahls! Aber es ist auch sehr unangenehm, wenn ein solcher Mann Hand in Hand mit dem Führer geknipst wird!

Klotsch war nach Verbüßung einer sechsjährigen Zuchthausstrafe im März 1933 aus Sonneburg entlassen worden. Er sah so viele Lumpen in Amt und Würden, ein nationalsozialistisches Mitgliedsbuch hatte er auch vor zehn Jahren gelegentlich einer Trinkerei erworben, warum sollte er nicht auch etwas werden? Allerdings, Sonneburg war trotzdem keine Empfehlung. Aber wenigstens fürs Arbeitslager, wo man zu essen bekommt, würde es reichen. So wurde Klotsch freiwilliger Arbeitsdienstler im Feldlager Lüneburg.

Doch Klotschs Glücksstern stand im Jahre 1933 hoch auf dem Firmament. Auf der Suche nach den ersten hundert Mitgliedern stöberte ihn das Münchener „Braune Haus“ auf, man schrieb ihm, daß er sich erstaunlicherweise noch nicht in Erinnerung gebracht habe, er solle doch zum Parteitag nach Nürnberg kommen.

Sollte Klotsch seinem Glück im Wege stehen? So saß er denn auf der Ehrentribüne der alten Kämpen, wurde gefeiert, und beim Aufmarsch schüttelte der Führer diesem Bescheidensten unter den Hundert die Hand. Und weil Adolf Hitler ein zweiter Harun al Raschid ist, befragte er ihn, ob er einen Wunsch habe. Klotsch dachte an Sonneburg und beschränkte sich bescheiden auf die Feldmeistererei im Lüneburger Arbeitslager.

Feldmeister Klotsch war im Lager hoch in Ehren, wurde beneidet, und wenn man von Berlin etwas wollte, entsandte die Lagerleitung

resbericht nennen. Die Devisen- und Finanznot wirkt auf die Arbeitsbeschaffung zurück und hat sie plötzlich zum Stillstand gebracht. Man will um jeden Preis die Rüstungsindustrien sichern, und wieder geht es auf Kosten der Arbeitenden, — die aus der Arbeit geworfen werden.

Wozu Mussolini 12 Jahre gebraucht hat, Hitler hat es fast in 12 Monaten geschafft!

das Mitglied Nr. 61. Wie es sich für einen hohen Herrn des Dritten Reiches gehört, wurde, wenn auch nicht im Kaiserhof, so doch im Exzelsior ein Zimmer bestellt und der Gesandte des Lagers dem Hoteldirektor avisiert und Abrechnung mit dem Lager erbeten. Klotsch ließ es sich in dem Luxushotel gutgehen, aß und trank nach Herzenslust und freute sich, wie ihm die Nr. 61 alle Türen öffnete. Schließlich aber mußte er wieder abreisen. Und nun kam die Katastrophe, kam nur durch die Schuld Klotschs, der durch einen geistigen Kurzschluß plötzlich vergaß, daß er den Beruf gewechselt hatte und nun das Mitglied Nr. 61 war. Plötzlich, auf dem Bahnsteig fünf Minuten vor Abgang des Zuges, der ihn nach Lüneburg zurückbringen sollte, hatte er auf einmal eine Damenhandtasche zwischen den Fingern und schon war auch die Polente zur Stelle und er war verhaftet.

Der Traum war zu Ende. Die Parteileitung aber gab bekannt, daß das Mitglied Nr. 61 mit Namen Klotsch bereits im Jahre 1929 verstorben sei. Wer es glaubt, bekommt einen Taler!

Opposition gegen den Henker verboten

Das Verbot des Filmes „Frühlingsstimmen“, der im Berliner „Atrium“ aufgeführt werden sollte und der in Anwesenheit des Publikums abgesetzt wurde, weil jüdische Schauspieler in ihm mitwirkten, führte zu lebhaften Protesten des genasführten Publikums, das unter großem Lärm und deutlich hörbaren Rufen wie „Blödsinn“ das Theater verließ.

Ebenso sprang man mit dem Publikum der Berliner „Volksbühne“ um. Es wurde kurzerhand vor dem Hochgehen des Vorhanges aus dem Saal geworfen, als soeben die Premiere des Stückes „Der Prozeß Mary Dugan“ steigen sollte. Das übrigens völlig unpolitische Stück wurde verboten, weil in seiner Tendenz ein „Angriff“ auf die Todesstrafe zu sehen sei. Protest gegen den legalen Menschenmord, Opposition gegen den Henker ist verboten!

Reichsjustizminister gegen Sondergerichte

Erst jetzt erfährt man, daß Reichsjustizminister Gürtner sich auf der Märztagung der Akademie für Deutsches Recht als Feind der Sondergerichte bekannt hat. Eine derartige Zersplitterung der Gerichtsbarkeit sei

nicht tragbar. Um so weniger, als die einzelnen Sondergerichte verschiedenen Ministerien unterstehen und einer gemeinsamen Oberleitung praktisch entbehren.

Es ist typisch für die Berichterstattung des Dritten Reiches, daß dieses Bekenntnis des höchsten deutschen Justizbeamten einfach unterschlagen wurde. Schon dieses Totschweigen deutet darauf hin, daß Gürtners Protest keinen Erfolg haben wird, die Ländertyrannen wollen sich ihre Privatthronen nicht rauben lassen. Die Sondergerichte wurden ja nicht gegründet, um Recht zu sprechen, sondern um das Recht zu umgehen!

Sie kämpfen weiter

Am 24. Mai lieferte die Nazipresse den Tag vom Annaberg. Der Annaberg ist eine Erhebung in Oberschlesien, die i. J. 1921 von deutschen Freischärlern erstürmt wurde. Der Hymnus geht in der „Fränk. Tageszeitung“ so:

Heute, an dem Gedenktag der Erstürmung des Annabergs durch das Freikorps Oberland, wollen wir unsern Dank nicht hochtrabenden Reden, großen Feiern aussprechen, der Dank der jungen Nation gegenüber den Helden der Freikorps sei das Gebetswort: Weiterzukämpfen für das geraubte Stück Mutterland, im Osten, Schlesien, im Norden Danzig und Holstein, im Westen die Saar, und im Süden Tirol.

Das ist nationalsozialistische Poesie. Nationalsozialistische Prosa ist Ost-Loarno, Freundschaftspakt mit Polen und Verzicht.

Diebesgemeinschaft!

Der bekannte Arzt und Schriftsteller Dr. Friedrich Wolf, der Verfasser des Dramas „Zyankali“, aber auch einer populären Naturheilkunde, teilt das Schicksal vieler linksgerichteter Schriftsteller: das Dritte Reich stiehlt ihm sein Vermögen. Aber in diesem Falle glaubte das Landespolizeiamt Württemberg — Dr. Wolf wohnte zuletzt in Stuttgart — noch ein übriges tun zu sollen: es forderte jedermann auf, der Vermögensstücke des Beraubten in Gewahrsam habe oder über ihren Verbleib Bescheid wisse, dem Landespolizeiamt Anzeige zu erstatten. Wer die Anzeige unterließe, so hieß es weiter, stelle sich damit außerhalb der Volksgemeinschaft.

Wobei sich das edle Landespolizeiamt wohl nicht ganz klar darüber gewesen ist, daß es mit diesem Hinweis die Volksgemeinschaft Hitlerscher Couleur zu einer Diebesgemeinschaft degradiert hat.

Sinnig. Bei einer Kundgebung der Hitlerjugend in Frankfurt a. O. wurden auf einem Scheltherhaufen sechzig Schülermützen und einige Schilder „Aufgang nur für Herrschaften“ verbrannt.

Die Schilder verbrennt man, die Herrschaften Krupp, Thyssen, Schacht usw. — regieren inzwischen bloß!

Kennen Sie das neueste Arbeitsbeschaffungsprojekt Hitlers? Arbeit für dreihunderttausend Mann! Sie sollen die Balken in den nationalsozialistischen Versammlungslökalen wieder gerade biegen!

Deutscher Coué

Im Hitlerland mußte eine Frau, die geäußert hatte, daß unter Hitler nichts besser geworden sei, sich jeden Tag auf dem Rathaus melden und sagen: „Es ist schon besser geworden und wird noch besser werden.“

Sind Kisten auch und Kasten leer, Behält man sich mit Coué, Und schafft er nicht die Gelder her, So schafft er einem Ruhe.

Wer unsern Optimismus stört, Wem das Vertrauen schwindet, Kriegt einfach Senge, bis er schwört, Daß er's schon besser findet.

Das letzte Reichsbankgold verdampft, Nichts blieb, als faule Wechsel, Die Lippen zum Gebet gekrämpt: „Wir haben Geld wie Häcksel.“

Dein Laden leer, der Handel stockt, Du spürst bereits das Messer An Deiner Kehle? — Nicht gebockt! Sag links: „Mir geht's schon besser.“

Mußt Du für zwölf Mark Wochenlohn Bei Schwerarbeit dich schinden, So sprich: „Es ist ein Fortschritt schon, Daß Arbeit ich konnt linden.“

Wenn sie die Unterstützung gar, Die kärgliche, dir streichen, So jubiliere: „Nun ist mir klar, Daß wir das Ziel erreichen!“

Und wenn so jeder Deutsche spricht Zehnmal an tausend Tagen, Und dieses hilft noch immer nicht, — — Dann muß er's nochmal sagen.

Muckl.

Die Gefangenen

Prag, Frühjahr 34. Ich gehe über den Wenzelsplatz. Die Sonne scheint, das Leben lärmt...

Aber plötzlich, mitten im Strom der Passan-

ten, überfällt es mich. Ich schließe die Augen, ich horche in mich hinein. Aus namenlosem Dunkel weht Eishauch des Erinnerns...

Sie... sind... wieder da. Sie kommen auf mich zu, umringen mich, — die lebendig Begrabenen, deren Gefährte ich war, deren Kerkerqual ich teilte, ehe ich im Wirbel verwegener Flucht aus ihrem Kreis entkam und aus dem großen Zuchthaus, das Deutschland heißt.

Die Gefährten... Sie fordern, daß ich spreche. In ihrem Namen. Daß ich ihre stumme Qual hinausschreie an das Ohr der Welt. Hilfeschrei und Mahnruf aus deutscher Kerkernacht.

Ecce homo!

Seinen Namen habe ich vergessen, aber sein Gesicht sehe ich vor mir: ein fahles, mageres, von Angst zerknittertes Gesicht. Nein, ein „Heid“ sieht anders aus. Dennoch: er war einer.

Er hatte ein lahmes Bein und einen ewigen Rheumatismus aus vier Jahren Krieg heimgebracht. Jetzt saß er mit uns in Schutzhaft. In einer Zelle, die für vier Mann bestimmt war. Wir waren sechzehn.

Jeden Tag, oft auch mitten in der Nacht, holte man ihn zum Verhör. Er war geständig, aber er weigerte sich, seine Mittäter zu nennen. Erst war man höflich zu ihm, versprach ihm die Freiheit und alles mögliche, wenn er... Er schwieg.

Dann warf man ihn auf zwei Tage in den Kellerarrest. Hartes Lager, Wasser und Brot, kein Licht, eisige Kälte. Als er wieder kam, war er um Jahre gealtert. Man vernahm ihn, er schwieg. Man gab ihm bis zum Abend Bedenkzeit. Abends, als sie ihn holten, weinte er.

Aber er blieb fest und wanderte wieder in den Keller. Nach zwei Tagen kam er zurück: ein Menschenwrack. Eine Weiße ließ man ihm Ruhe. Dann wieder: Verhör. Der Gestapomann sagte zu ihm: „Mit Rücksicht auf Ihre Kriegsbeschädigung haben wir Sie bis jetzt nicht der SA übergeben, aber wenn Sie nicht anders wollen... Ueberlegen Sie sich! Bis morgen!“

Die ganze Nacht durch wimmerte er auf seiner Pritsche. Niemand konnte schlafen. Einer, von Mitleid übermannt, rief ihm, auszusagen. „Du bist wohl ein Spitzel!“ schrie er als Antwort.

Am nächsten Tag holten sie ihn. Ich habe ihn nicht wiedergesehen.

Der „Aelteste“.

Der „Zellenälteste“ — vom Kerkermeister dazu ernannt — war nicht alt, sondern jung. Er hielt sich am tapfersten von allen. Lachte und schwatzte, um die andern aufzurütteln. Aber es gab auch Tage, wo er kein Wort sprach und stundenlang vor sich hinstarrte...

Er war schon in Untersuchungshaft gewesen. Ein paar Monate lang. Man konnte ihm aber nichts nachweisen und ließ ihn heraus. Als er auf der Straße stand und den Atem der Freiheit einsog, kam ein Beamter hinter ihm hergelaufen: „Halt! Ein Irrtum! Sie kommen in Schutzhaft!“ Nun saß er im Präsidium und die Gestapo hatte neue Beweise gegen ihn. Es ging von vorne los.

Später, im Untersuchungsgefängnis, traf ich ihn wieder. Er lachte und schwatzte nicht mehr.

Weil er nie zur SA in die Folterkammer gebracht wurde, hielten ihn manche für einen

Spitzel. Aber er war kein Spitzel. Sondern: die Gestapoleute hatten Angst vor ihm. Er war bärenstark und sehr lächerlich.

Er hatte ein Kartenspiel und ein Brotmesser in die Zelle geschmuggelt. Aber es kam keine Skatpartie zustande. Die Spieler waren nicht bei der Sache. „Werden sie mich morgen totschlagen?“ dachte ein jeder und warf die Karten beiseite.

Das Messer lieferte der „Aelteste“ selbst wieder beim Wachtmeister ab. Einer hatte des Nachts versucht, sich die Pulsadern damit aufzuschneiden...

Der Arzt.

Wer von der SA zurückkam — blutüberströmt die meisten — wurde in eine Einzelzelle geworfen. Da lag er und schrie und jammerte.

„Sind Sie krank? Brauchen Sie den Arzt?“ fragte höhnisch-besorgt Iwan der Schreckliche. So nannte unser Galgenhumor den Polizeimeister, der das Gefängnis unter sich hatte.

Der Arzt, im Hauptberuf SS-Mann, kam. „Keine Lebensgefahr. Haftfähig. Hat wohl einen Unfall gehabt?“

Der Arzt geht wieder. In der Tür dreht er sich um. „Sehen Sie, das ist der totale Staat!“ ruft er. Den Satz hielt er für solche Fälle immer bereit. Er war stolz auf diese Gemeinheit.

Mutter und Sohn.

Einer war so schwer mißhandelt worden, daß er in Lebensgefahr schwebte. Man war großzügig und brachte ihn ins Krankenhaus. Als seine Angehörigen ihn im Gefängnis sprechen wollten, hieß es, ihm sei die Besuchs-erlaubnis entzogen...

Pg. Schiller, Pg. Goethe

Ein Professor verunreinigt die Literatur

Wenn die Hakenkreuz-Barbaren große Namen der deutschen Geistesgeschichte für sich in Anspruch nehmen, gleichen sie einer gewissen Spielart Verrückter, die marmorne Denkmäler mit ihren Exkrementen zu besudeln lieben; nicht umsonst ist die Farbe des „Dritten Reiches“ braun. So ging es mit Friedrich Nietzsche. Zwei Aussprüche des „Zarathustra“-Dichters genügen, sein hundertprozentig negatives Verhältnis zum Kern der Hitlerei festzuweisen, dieser: „Maxime mit keinem Menschen umgehen, der an dem verlogenen Rassen-schwandel Anteil hat“, und der andere: „Einem Juden zu begegnen, ist eine Wohlthat, gesetzt, daß man unter Deutschen lebt“. Ist es da nicht eine wilde Grotteske, wenn der gleiche Nietzsche als philosophischer Vorläufer derer gelehrt wird, die heute im Namen des Rassen-schwandels und der Judenhetze Deutschland in Grund und Boden ruinieren? Ach, alles ist im „Dritten Reich“ Grotteske, und keine wiederum ist so grotesk, daß sie nicht sehr bald von einer noch groteskeren überboten würde.

Nach Nietzsche sind darum jetzt Schiller und Goethe daran, in die SA-Kluft gesteckt zu werden. Jawohl, Schiller und Goethe! Auf der letzten Tagung der glorreich gleichgeschalteten Goethe-Gesellschaft in Weimar hat es kein Geringerer als ihr Vorsitzender, Professor Petersen, fertig gebracht, ohne Erröten die Ungeheuerlichkeit von sich zu geben: „Schiller und Goethe sind die ersten Nationalsozialisten gewesen!“ Schwapp! hat auch das Denkmal dieser beiden großen Deutschen seine braune Saucen weg und bedarf gründlicher Reinigung mit Selve, Sand und Schrubber.

Aber lohnt es wirklich, einen Goethe und einen Schiller, obwohl sie sich gegen die Petersens nicht mehr wehren können, gegen die Widerwärtigkeiten eines Professors in Schutz zu nehmen, der sich entehrt, indem er sie zu ehren glaubt. Zu laut sprechen ihre Werke gegen jeden Versuch, sie für die deutschen Zufalls- und Augenblicksmachthaber von 1934 nutzbar zu machen. Goethe — man vormag sich die Gefühle unverhohlenen Ekels auszumalen, mit denen der gelassene Olympier auf den Haufen tobender und schwitzender, geist- und seelenloser Spielbürger herabzublicken würde, der den Kern des Hakenkreuz-Heerbannes bildet. Aber vom Aesthetischen ganz zu schweigen, steht seine Gedankenwelt so unerschütterlich hoch über der brutal-hysterischen Lämmelei der Nazioten wie das Ewigkeitsstreben Fausts über dem Treiben einer Gorillaherde. Jene verzapfen die Weisheit, daß es nicht auf den Verstand, die Vernunft, das Bewußtsein, die Ueberlegung, die Logik, sondern einzig auf die dumpfen „Stimmen des Bluts“ ankommt, für sie ist das Irrationale, das unangeordnete Chaos in uns, das Unterbewußtsein bestimmend. Ueber die Vernunft höhnen sie wie der Spitzbube über die Ehrlichkeit, und was sich immer auf der ratio, der Vernunft, aufbaut, dünkt sie „liberalistisches“ Geschwätz.

Einer der stärksten Wesenszüge Goethes aber ist der Wille und die Forderung, das Irrationale, die dunklen, chaotischen Gewalten in unserer Brust zu bändigen, zu unterdrücken, zu vergeistigen. Für Goethe heißt das erste Gebot und Gesetz: Klarheit, Ordnung, Bewußtsein. Stets herrscht in seiner Welt der helle Tag, nie die Dämmerung, nie der Nebel.

Denn deutlich erkennt er, daß nur durch Bewußtsein, Ordnung und Klarheit der Weg zu dem hohen Ziele führt, das ihm unablässig vorschwebt: die Entbarbarisierung der Menschheit. Ein leuchtender Stern steht über seinem Schaffen: der Begriff der Humanität, der Menschlichkeit. Den Menschen menschlich sein, den Menschen als Menschen würdigen, den Menschen im Sinne von Kants Lehre nie als Mittel, immer als Zweck nehmen — darum dreht sich Goethes Lebensauf-fassung. Sein Organ ist darum nicht die Faust, sondern das Hirn. In der „Iphigenie auf Tauris“ offenbart er uns das Hohelied der Menschlichkeit, die über grausam listere Barbarei siegt. Durch dieses Stück klingt wie durch Goethes ganzes Werk gleich einem reinen vollen Glockenton „die Stimme der Wahrheit und der Menschlichkeit“. Darum ist ihm auch nichts fremder als nationale Beschränkung und Beschränktheit. Niemand urteilt über die eigenen Landleute kritischer, niemand lernt von andern Völkern bereitwilliger als er. Er prägt den Begriff der Weltliteratur, das Gegenstück zu der geistigen Absperrung und Selbstbefriedigung, wie sie in den Bezirken des Herrn Göbbels Trumpf ist. Als denn 1813 die patriotische Begeisterung gegen die französische Fremdherrschaft durch Deutschland braust und schäumt, stimmt „der erste Nationalsozialist“ nicht etwa an: Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, sondern steht kühl bei Seite. Er vermag die Franzosen nicht zu hassen, denn wie das so der Nationalsozialisten Brauch ist, hat er sich sein Leben lang in das französische Geistesleben leidenschaftlich eingewöhnt und ist in der französischen Kultur mehr zu Hause als irgend ein Deutscher. In diesem Zusammenhang erwähnt er den Nationalhaß und meint: „Auf den untersten Stufen der Kultur werden Sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet, und wo man gewissermaßen über den Nationen steht und man ein Glück oder ein Wehe seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet. Diese Kulturstufe war meiner Natur gemäß“. Nicht wahr, ähnliches Bekenntnis legt auch Herr Göring ab, und gleiche Lehre wird in den SA-Kasernen verkündet? Oder nicht? Nein, hier gibt es nichts zu drehn und zu deuteln. Von dem großen Antibarbaran Goethe, der uns die „Iphigenie“ schenkte, führt zu den „auf den untersten Stufen der Kultur“ stehenden Barbaren, die den verübten Mördern von Postempa die blutbesudelte Hand drücken, keine

Brücke in Zeit und Ewigkeit, und wenn Herr Professor Petersen einmal darüber nachdenkt, wird er vielleicht doch rot.

Nicht anders geht es mit dem Pg. Schiller. Vor allem ändern ist der Dichter des „deutschen Idealismus“ eins: ein Weltbürger, der in dem Muff und Mief nationalstischer Engherzigkeit nicht zu atmen vermag. Ihm ist es „ein armseliges, kleines Ideal, für eine Nation zu schreiben“, und seinem Volke ruft er zu:

Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche vergebens; Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus.

Denn das freie Menschentum im Sinne der klassischen Humanität ist auch das leuchtende Ideal dieses anderen „ersten Nationalsozialisten“. Ungestümes Freiheitspathos braust durch die meisten seiner Stücke, durch Anprangerung des Despotismus und der Inquisition die „prostituierte Menschheit“ zu rächen, gilt ihm als Ziel, und wie das erste seiner Dramen, „Die Räuber“, die Losung trug: Wider die Tyrannen!, so gipfelte sein letztes, „Wilhelm Tell“, in der Verherrlichung des Rechts auf Insurrektion, das die französische Revolu-

Dietwarte und Ehrenfeldhüter

Die nationale Revolution tobt sich, da es ihr versagt ist, auf wichtigeren Gebieten nennenswerte Erfolge zu erringen, vorläufig auf dem Gebiete der menschlichen Eitelkeit aus. Fast jeden Tag liest man von der Schaffung neuer Uniformabzeichen, neuer Amtsbezeichnungen und Titel. Es führt eine gerade Linie von den Ehrenoberführern über die mannigfaltigsten Kommissare, Staatsschauspieler und Kammersänger zu Rassenzuchtwarten, Dietwarten und Ehrenfeldhütern.

Ueber die Nam und Art der Dietwarte klärt uns eine parteiamtliche Erläuterung, die wir der Nr. 117 der „Braunschweigischen Landeszeitung“ entnehmen, auf. Es heißt da:

„Das Wort Dietwart enthält in seinem ersten Bestandteil das Wort „diot“. Es ist dieselbe Wurzel, aus der diotisch, diotisch (Idiot, idiotisch, die Redaktion) und damit unser heutiges „deutsch“ erwachsen ist. Es bedeutet „Volk“ und kehrt in den Namen Dietrich, Dietling, Dietbold, Dietherr u. a. wieder.

Ein Dietwart hat die Aufgabe, Hüter und Förderer aller deutschen Volkstumswerte, deutscher Sitte und Art, sowie Erzieher zum Volkstum und Schützer einer bewußt deutschen Lebensführung der ihm anvertrauten Mitglieder zu sein. Neben der körperlichen Ausbildung, die die Fachwarte leiten, hat der Dietwart die Aufgabe, die geistige Erziehung im nationalsozialistischen Sinne zu fördern. Der erst kürzlich herausgegebene Erlaß des Stellvertreters des Führers, Reichsministers Rudolf Heß, legt den Dietwarten die Pflicht auf, die nationalsozialistische Schulung der Turner und Sportler vor allem auf dem Gebiete der Rassenpflege und Volkstumkunde zu leiten in engstem Zusammenarbeiten mit den parteiamtlichen Stellen, die

von dem gelehrtesten Menschen felerlich genehmigt hatte:

Nein, eine Grenze hat Tyrannemacht. Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,

Wenn unerträglich wird die Last — greift er hinauf getrosteten Mutes in den Himmel Und holt herunter seine ew'gen Rechte.

Die droben hangen unveräußerlich Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst. Der alte Urstand der Natur kehrt wieder. Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht. Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr Verlangen will, ist ihm das Schwert gegeben.

Kein Wunder bei solcher Gesinnung, daß jene Revolution, deren Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit für die Braunhemden die Quelle alles Uebels bedeuten, Schiller den Bürgerbrief der französischen Republik übersandte.

Schillers Gestalten aber im „Dritten Reich“? Die Geßler und Gianettino lebten versteckt im Hintergrunde, denn neben den Gewaltmenschen und Folterknechten des braunen Deutschland wirkten sie schlapp. Teil wäre als „marxistischer Untermensch“ mit dem Handbell enthaupet oder „auf der Flucht erschossen“ worden, der Marquis Posa säße, weil er in „liberalistischer“ Frechheit Gedankenfreiheit zu verlangen gewagt hätte. Im Konzentrationslager, nur Franz Moor spielte wohl eine aktive Rolle als eine Art Göbbels II.

Karl Max.

sich für die Pflege der deutschen Kulturwerte einsetzen.

Wer kann Dietwart sein? Männer, die den Nationalsozialismus erlebt haben und in treuer Gefolgschaft zum Führer stehen. Es ist nicht unbedingt nötig, daß der Dietwart nun ein „sehr gelehrter Mann“ ist, womit aber nicht gesagt sein soll, daß er das geistige Rüstzeug nicht zu haben braucht usw.“

Nun wissen wir also, was so ein Dietwart ist. Bei der Gelegenheit sei uns die Feststellung gestattet, daß man im allgemeinen die Beobachtung machen konnte, daß der Nationalsozialismus bei der Besetzung irgendwelcher verantwortlicher Stellen auf geistige Qualitäten keinen allzugroßen Wert legt. Man denke an die neue Bestellung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Man nahm für diesen Posten den hannoverschen Heldenpapa Rust, obwohl ihm erst vor wenigen Jahren ein Psychiater bescheinigte, daß seine geistigen Fähigkeiten nicht groß genug seien, um regulären Schuldienst zu versehen. Warum sollte man also bei den Dietwarten eine Ausnahme machen?

Nun zu den Ehrenfeldhütern. Ueber diese neue Gattung der Untertanen des Dritten Reiches wird aus Peine bei Hannover gemeldet:

„Zu Ehrenfeldhütern wurden die Landwirte A. Bosse, Robert Thiemann und August Busse sowie der Arbeiter Karl Großkopf ernannt. Sie haben die Rechte und Pflichten eines Polizeibeamten und sind zum Waffengebrauch berechtigt.“

Es kann sich bei der Berufung dieser Ehrenfeldhüter in Wirklichkeit nur um eine Ehrung der Berufenen handeln. Denn bekanntlich hungert la in Deutschland niemand mehr. Wer sollte also Feldfrüchte stehlen?

Koloman Wallisch

Der mit fünfundvierzig Jahren sein Leben für die Freiheit opferte, ist wohl die geschlossenste aller Führerpersönlichkeiten, die von der sozialistischen Arbeiterschaft des letzten Halbjahrhunderts hervorgebracht wurden. Sein Leben ist ununterbrochener Kampf für das Proletariat, in zwei Revolutionen focht er an leitender Stelle, zweimal trieb ihn die Reaktion in Emigration. Das international Verbundene des sozialistischen Kampfes ist in diesem Manne Gestalt geworden. In Ungarn geboren, ein Deutscher seiner Herkunft nach, auf einem Boden gewachsen, den Rumänen, Ungarn, Deutsche und Slawen besiedelten, kannte er die Leiden der arbeitenden Menschen vieler Sprachen. Mit elf Jahren war er bereits Maurerlehrling, mit sechzehn gehörte er der Sozialdemokratie an, bereiste Oesterreich und Deutschland, saß als Jungling schon im Bauarbeitervorstand seiner Heimatstadt, am Rande des Balkans, der Willkür der Behörden ausgeliefert. Dieser Zwang und dieser Wille, hart zu leben, geht durch sein ganzes Dasein: Soldat im Kriege, ungarische Revolution, Emigration in Maribor, politische Arbeit in Südslawien, wieder verfolgt und nach Oesterreich vertrieben. Auch hier stellten ihn die Arbeiter bald auf einen der schwierigsten Posten: Parteisekretär im steterischen Grenzgebiet. Auch hier schlug ihm rasch der Haß der Herrschenden entgegen. Von der Heimwehr wurde er als „Bolschewik“ verfeimt, von den Kommunisten als „Sozialfaschist“ beschimpft.

Von diesem starken, opferreichen Leben, von Wallischs letztem, großem Kampf und

heldischem Ende berichtet Paul Kéri in seiner Broschüre: Soldat der Revolution (Verlag Graphia, Preis 2 Kč). Hart verfuhr das Schicksal mit diesem Arbeiterführer bis zum Ende: der Todgeweihte mußte seine Frau mit Chloroform einschläfern, damit sie seinen Gang zum Galgen überlebe. Er tat auch dies Letzte mit jener Ruhe und Selbstsicherheit, die ihn in allen Situationen seines Lebens auszeichneten und die ihm das Vertrauen der Massen gewannen. Als ihn vor seinem Todesmarsch in die Berge seine Brucker Genossen nach Wien in Sicherheit bringen wollten, lehnte er lächelnd ab: er wollte mit seinen Kameraden über die Grenze oder zu Ende gehen. Charakter ist Schicksal. Dieser herzliche, eiserne Charakter, geworden inmitten der Not mehrerer Völker, gegoren unter südlicher Sonne, gestählt in vielen Grenzkämpfen, diese seltene Mischung von revolutionärem Aktivismus und sachlich-nüchterner Organisationsarbeit — das ist das Einmalige an diesem Märtyrer, das ist Koloman Wallisch. Unpathetisch war sein Wesen, vom großen Pathos des Kampfes erfüllt sein ganzes Leben, „Freiheit“ sein letzter Ruf. B. Br.

Die Ehre des Kleinbürgers

Das Wesen des braunen Regimes besteht darin, daß es die großkapitalistische Diktatur kleinbürgerlich untermaniert. Den Großkapitalisten Reichtum und Macht, den Kleinbürgern Erlösung von Minderwertigkeitsgefühlen, die nichts kostet! In deutschen Zeitungen findet sich folgende Notiz:

„Wenige werden wissen, daß in der SA Bestrebungen darauf hinzielen, Ehrenhä-

del mit blanker Waife auszutragen. Wenn auch die Durchführung dieser Aktion noch nicht zur Tat geworden ist, so wird doch die Forderung des Führers, daß jeder Deutsche die Waife zu führen versteht, in erster Linie dazu beigetragen haben, daß dieses Bekenntnis zur Mensur auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Damit würde endlich das Problem einer einseitigen Ehrauffassung jener Kreise verschwinden, die sich bisher berechtigt glaubten, Nichtakademiker das Recht auf Genugtuung verweigern zu müssen. Diese Ausdehnung auf alle Stände, ja mithin auf alle Volksgenossen, ist ein nicht zu unterschätzender Schritt zur Volksgemeinschaft, zumal keinem Deutschen als Angehörigen der SS, der SA, der Partei und andern Organisationen, zusammengeschlossen im Deutschen Reich, das Recht auf Ehre streitig gemacht werden kann.“

Ein Proletarier wird hohnlachen bei dem Gedanken, daß ihm das Recht auf ein Säbelduell als Entgelt für verlorene Freiheit angeboten wird, aber für die Masse der schlecht weggekommenen Kleinbürgersöhne, die sich hinter den Großbürgersöhnen zurückgesetzt gefühlt haben, für alle jene, die mit Begeisterung das Unwesen der Corpsstudenten nachgeahmt haben, die eine Uniform oder ein Abzeichen brauchen, weil sie sich sonst nicht als Menschen fühlen können, ist dieser Unfug Symbol des Aufstiegs. Dafür lassen sie sich wie Rekruten schinden und willfährig ausbeuten!

Herr Göbbels hat von der sächsischen Regierung eine „Ehreneigenschaft“ erhalten, eine Meißner Porzellankulptur „Dame mit Mohrenknaben“. Welche unzarte Anspielung auf Dame Göbbels mit Josef!

Seine Mutter besuchte im Krankenhaus einen Bekannten. Als sie an der offenen Tür eines Einzelzimmers vorbeiging, sah sie — ein Zufall — dort ihren Sohn liegen. Sie konnte ein paar Worte mit ihm reden. Sie erfuhr die Wahrheit.

Ein Krankenwärter — SA-Mann — hatte die Szene beobachtet. Am nächsten Tag wurde der Patient ungeheilt ins Gefängnis zurückgebracht. Er protestierte, wandte sich an den Spitalsarzt: „Ich bin nicht haltfähig, ich bin schwer krank!“ Der Arzt nickte, und... zuckte mit den Achseln: „Wir Aerzte sind machtlos.“

Mörder und Räuber.

Einer sagte: „Wenn man uns später wenigstens ins Lager stecken würde. Nur nicht ins Zuchthaus zu den Mördern und Räubern!“ Er war ein Neuling, der nicht Beschuld wußte.

Ein anderer erwiderte ihm: „Wenn man uns wenigstens ins Zuchthaus bringen würde, nur nicht ins Lager, zu den Räubern und Mördern...“ Er meinte die SA. Er wußte Beschuld.

Er hatte übrigens Unglück: er wurde freigesprochen. Und kam ins Lager.

Heimweh.

Da war einer, der war ins Ausland geflüchtet und — — — wadergelommen.

„Warum?“ fragte ich.

„Du wirst lachen, — aber ich hielt es einfach nicht aus. Ich verlor den Verstand vor Heimweh. Ich wußte, daß es Wahnsinn war, aber ich war nicht mehr fähig, nachzudenken...“

Jetzt saß er hier und wartete auf Urteil und Zuchthaus. Ein Opfer des Heiligwehs.

Vaterlandsloser Gestelle! S.

Der Niedergang des deutschen Sports

Das Totalitätsprinzip des Nationalsozialismus hat auch vor dem Sportleben nicht halt gemacht. Das deutsche Sportleben ist „reorganisiert“ worden. Das heißt darf nicht länger Spiel bleiben, sondern muß Erziehung zum ernstesten Kampf, zum Krieg werden. Das ganze deutsche Sportleben ist zu einem Wehrleben umgebaut worden. An die Stelle der Sportfreiheit ist der Sportzwang, an die Stelle von Solidarität die Gehorsamspflicht getreten.

Die nationalsozialistische Ideologie, die heute im deutschen Sport ihren Ausdruck gefunden hat, macht sich schon in den äußerlichen stark bemerkbar.

Ob man heute in Deutschland Schwimm-Meetings zusieht oder Tenniskämpfen, ob man Zeuge von Fußballmatches ist oder von leichtathletischen Wettstreiten, ob man den Boxring belagert oder sich für Wassersport interessiert, immer hat man den Eindruck; hier handelt es sich weniger um den friedlichen Wettstreit körperlicher Gewandheit, Geschicklichkeit, Ausdauer, Kraft, sondern vielmehr um einen — fast möchte man sagen — altpreußischen Drill. Es geht immer furchtbar militärisch zu. Vor Beginn werden politische Reden geschwungen, Hakenkreuzfahnen werden gezeigt, der Sturmführer schreit Heil Hitler und dann beginnt die „Übung“. Auch das Publikum sieht ganz anders aus als früher. Sehr viele Uniformen gibt es zu sehen, in den Logen die „Braunen“ und „Schwarzen“ mit vielen Orden, die Mannschaftsführer stehen stramm vor dem anwesenden „Reichssportführer“ oder seinem Vertreter und warten, bis er das Zeichen zum Beginn gibt. Dann spielt das Horst-Wessel-Lied, wobei alle Hände an die Hosennaht zu legen hat.

Jeder weiß heute, ob dieser oder jener Sportheld in der Bewegung ist, ob er eine Charge besitzt, und darnach richtet sich seine anbefohlene Popularität. Der Wettstreit der einzelnen Sportler oder der Vereine ist zurückgetreten, heute ist es ein Wettstreit der Stürme, der Standarten, der Gane geworden. Der Parteibonze des betreffenden Ganes erhält Bericht, übt Kritik, erteilt Verweise und es ist schon so weit gegangen, daß er bei der Aufstellung von Mannschaften sein Votum abgegeben hat.

Deutschland war einmal eines der größten Sportländer. Nicht nur der bürgerliche Sport stand in der ganzen Welt in gutem Ruf, auch der Arbeitersport fand ungeheuren Anklang. Aus den Reihen der Arbeitersportler sind hervorragende Vertreter des Sports hervorgegangen. Das hat unter Hitler aufgehört. Die Vereine wurden zerschlagen, verboten, umgeformt. An die Spitze der neuen Vereine wurden Parteibonzen gesetzt, aus Verbänden Formationen gemacht. Auch die bürgerlichen Vereine mußten daran glauben. Sie wurden gezwungen, ihre Juden und Marxisten auszuschließen, darunter bedeutende Sportler und Mäzene. Es folgte eine Einteilung in Gane nach dem Schema der SA-Organisation, man setzte Inspektoren, SA- oder

SS-Führer, ein und über den gesamten deutschen Sport den „Reichssportführer“ von Tschammer-Osten. Mit einem Schlag standen hunderttausende ohne jede Möglichkeit sportlicher Betätigung da.

Den jüdischen Sportlern gestattete man gnädigst, eigene reinjüdische Vereine zu bilden, aber nicht sich mit arischen Sportlern im Kampf zu messen. Die bekannteren und charakterfesten jüdischen Sportler verzichteten allerdings auf diese Gnade und wandten sich ins Ausland, wo sie mit Freuden aufgenommen wurden. Der deutsche Tennismeister Preuss, der Deutschland zu einem Tennisland erster Ordnung gemacht hatte, ging nach England, der deutsche Meisterboxer Selig nach Paris, die Fecht-Weltmeisterin Helene Mayer nach Amerika.

Von den Arbeitersportlern wanderten Tausende in die Konzentrationslager, wo ihnen die Sportbegierde mit Gummiknüppel ausgetrieben wurde.

Die Umstellung des deutschen Sportes auf den Wehrsport machte sich bald dadurch bemerkbar, daß ganz plötzlich Sportarten forciert wurden, die man im früheren Sportgebiete sehr nebenher behandelt hatte. Ein Reichsverband der Bogenschützen wurde ins Leben gerufen, der Bund der Wurf- und Tontaubenschützen erhielt eine staatliche Subvention von 120.000 Mark zum Ausbau der Organisation und zum Anlegen von Schießplätzen, in den leichtathletischen Übungen schenkte man dem Diskus — und Stielwurf (lies: Handgranatenwerfen) erhöhte Aufmerksamkeit. Ganz besonders aber nahm man sich des Luftsports an, der einen ungeahnten Aufschwung nahm. Subventionen regneten da von allen Seiten, von Staat, Ländern und Gemeinden. Nicht nur der Segelflugsport, sondern auch der Motorflugsport wurde derart bevorzugt und propagiert, daß er in kurzer Zeit einen gewaltigen Teil des ganzen deutschen Sportwesens ausmachte. Die Fliegerschulen waren dem kolossalen Andrang kaum gewachsen, die Staffeln wuchsen nur so aus dem Boden, so daß heute Deutschland wohl das Land ist, das bei weitem die meisten Sportflugzeuge besitzt.

Die wehrsportliche Tätigkeit erschöpfte sich jedoch in diesen angeführten Dingen nicht. Alle aktiven Sportler, gleichgültig in welchem Sportzweig sie sich betätigen, müssen heute unter Aufsicht der SA-Inspektoren wehrsportliche Übungen „klopfen“. Da wird die Fußballsektion des Bezirkes Brandenburg an einem Abend zu einem Geländemarsch befohlen, dort die Tennisgruppe des Ganes Sachsen zu einer großen „Ziel- und Richtübung“ „eingeladen“. Merkwürdig mutet es an, wenn man hört, daß die Schwimmabteilung des I. F. C. Nürnberg zu einem Nachtschnellmarsch in die Fränkische Schweiz kommandiert wurde. So geht es überall.

Die Folgen waren bald zu bemerken. Die internationale Sporttätigkeit Deutschlands nahm zusehends ab, das Ausland drückte sich um jede Vereinbarung von sportlichen Wettkämpfen herum. Wenn schon tatsächlich internationale Veranstaltungen mit Deutschland zu-

stände kamen, dann fanden sie nicht in Deutschland, sondern im Ausland statt. Die deutschen Sportler merkten das sehr deutlich und versuchten durch Eingaben an die höchsten Stellen darauf einzuwirken, daß man von dieser Art sportlicher Entwicklung abgehe. Es fehlte nicht an Mahnungen und Protesten. Aber alles half nichts, der Reichssportführer von Tschammer-Osten führte ein strenges Regiment.

Erst die Verhandlungen im olympischen Komitee machte den Herrschaften ihre Lage klar. Amerika stellte für seine Teilnahme an den olympischen Spielen im Jahre 1936 in Berlin zur Bedingung, daß man unbedingt auch die jüdischen Sportler daran teilhaben lasse und ihre sportliche Betätigung in den deutschen Sportvereinen wieder zulasse. An diese Bedingungen Amerikas, die von einigen anderen Ländern unterstützt wurden, schloß sich ein Schriftwechsel an. Die nicht reinarische Exzellenz von Lewald, den man wegen seiner vortrefflichen Auslandsbeziehungen im deutschen Olympia-Komitee notgedrungen belassen hatte, versichert den Amerikanern, daß den jüdischen Sportlern in Deutschland nicht das Geringste in den Weg gelegt worden sei und daß sie auch in die Olympia-Mannschaft ohne weiteres Aufnahme finden würden. Selbstverständlich kümmerte sich in Deutschland kein Mensch um diese Erklärung. Die Amerikaner drängten immer wieder und warteten mit Beispielen auf, die die deutschen Erklärungen Lügen sträfen. Um es nicht ganz zum Bruch kommen zu lassen und um die Amerikaner zu beruhigen, wohnte nun am 3. Juni den internationalen Wettkämpfen des Sportvereines Bar Kochba und Hakoah in Berlin ein Vertreter des Reichssportführers bei und wählte drei jüdische Sportler, den Weitspringer Herzstein und die Sprinter Schattmann und Sternlieb für die Teilnahme an den deutschen Vorübungen zur Olympiade aus. Aber diese drei Konzeptionsjuden werden dem ununterbrochenen Niedergang des deutschen Sports nicht aufhalten! Es ist der Geist des Militarismus, der den gesunden Sportgeist erschlägt.

Curt Haas.

Ein verlorener Schwurzeuge

Der schwedische Nationalökonom Gustav Cassel gehörte bisher zu den Schwurzeugen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik. Er hat jetzt im Svenska Dagbladet die Einführung eines schwedischen Clearingverfahrens gegen Deutschland gefordert. Jetzt ist es aus mit den nationalsozialistischen Lobsprüchen. Jetzt heißt es:

„Professor Cassel befindet sich hier auf Abwegen, die ihn außerhalb des Feldes der Wissenschaft führen. Ist Professor Cassel noch in engem Zusammenhang mit dem internationalen Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis der Welt? Viele bezweifeln das.“ (Berliner Tageblatt vom 1. Juni).

Wer Schacht und Hitler lobt, ist ein großer Nationalökonom. Wer sich gegen sie wendet, ist ein Trottel. Der Maßstab ist sehr einfach. Vielleicht hat Cassel nun auch noch eine jüdische Großmutter?

Kolonien als Ablenkung

Kürzlich wurde in Deutschland der 50-jährige Gedenktag der deutschen Kolonialpolitik gefeiert. Nicht so geräuschvoll, denn die Tatsache, daß Deutschland mit dem Ende des Krieges alle Kolonien verloren hat, stimmt die alten und neuen Kolonial-Patrioten noch heute recht wehmützlich. Immerhin bot der Gedenktag wieder einmal Anlaß, Kolonialpropaganda zu betreiben.

„Das neue Deutschland des Nationalsozialismus“, so schrieb der Hamburger Wirtschaftsdienst, „das die Ungerechtigkeiten und Absurditäten des Versailler Diktates von innen heraus und nicht durch leeren Protest überwindet, steht grundsätzlich positiv zum kolonialen Gedanken, weil es die historische Leistung der deutschen Kolonialpolitik achtet und Dienst im Ausland unter deutscher Flagge und Verwaltung aus raum- und bevölkerungspolitischen Gründen für notwendig hält... Der heutige Stand der Kolonialfrage hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Zustand jener Zeiten, als die Politik des Reiches eine direkte Betätigung auf dem Gebiete kolonialer Erschließung und Verwaltung glaubte ablehnen zu müssen. Freilich liegen die Hemmungen heute nahezu allein auf der Seite der Politik. Bestünde die Möglichkeit einer schnellen Korrektur der völkerrechtlich widrigen Bestimmungen des Versailler Diktats, so wären die praktischen Voraussetzungen einer kolonialen Betätigung Deutschlands günstiger denn je, weil die wirtschaftliche Lage Deutschlands der Erschließung überseeischen Raumes aus bevölkerungs- und handelspolitischen Gründen dringend bedarf.“

Man muß daraus entnehmen, daß die Nationalsozialisten sich bei der Propaganda für neue deutsche Kolonien genau der gleichen und hundertmal widerlegten Argumente bedienen wie kapitalistische Kreise im früheren kaiserlichen Deutschland. Diese Argumente sollen die Aufmerksamkeit des Volkes von den Fehlschlägen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und den wachsenden inneren Schwierigkeiten ablenken.

Front des Geistes

Neue bemerkenswerte Veröffentlichungen.

Im „Aufruf“, Streitschrift für Menschenrechte, schreibt Gregor Bienstock:

Keine Illusionen, bitte! Die Ära des Völkerbundes, der pazifistischen Träume, der demokratischen Diplomatie ist vorbei. Das Wort hat allerdings noch nicht „Ihre Majestät die Kanone“, aber das diplomatische Spiel ist bereits weitgehend durch die strategischen Erwägungen der Generalstabschefs bestimmt. Wir leben, mit anderen Worten, wieder in der Epoche des „bewaffneten Friedens“.

Ferner wird ein ungeheuerlicher Fall von Geiselnhaftungen aufgedeckt: neun Geiseln für einen kommunistischen Emigranten! In den „Europäischen Heften Nr. 8“ schreibt Heinrich Mann über „Revolutionäre Demokratie“.

Die „Neue Weltbühne“ Nr. 23 veröffentlicht einen Aufsatz von Waldemar Grimm: Faulhaber.

Die „Sammlung“, Heft 10, bringt einen Aufsatz von Golo Mann: „Wallenstein und die deutsche Politik“.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“, alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung: (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.00), Palästina P. Pl. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Peng. 0.35 (4.20), USA. 0.08 (0.96).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 31.008. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

DAS PARISER TAGEBLATT

Chefredakteur: GEORG BERNHARD

bringt unter anderem

regelmässig

BERLINER BRIEF

mit unerhört interessantem Tatsachen-Material, trotz Zensur und Diktatur

Aussagen führender Politiker

aller Länder zu den europäischen Problemen

Beiträge hervorragender Dichter

und Gelehrter
speziell der aus Deutschland Verbannten

Demnächst

Interessantes Preis-Ausschreiben:
14 JAHRE REPUBLIK

Große Umfrage bei Gelehrten, Publizisten, Staatsmännern:

„Die Zukunft der Welt“

Neuer hochaktueller Roman von
BALDER OLDEN:
ROMAN EINES NAZI

Endlich die verschiedenen Sonder-Gebiete

Die moderne Frau — Reise und Verkehr — Sport — Technik u. Wirtschaft

Probenummern gratis - Bestellungen beim
„PARISER TAGEBLATT“
PARIS (8^e), 51, Rue Turbigo

Oranienburg

Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten

Von Gerhart Seger

Mitglied des Deutschen Reichstags der V., VI., VII. u. VIII. Wahlperiode

Mit einem Geleitwort von
Heinrich Mann

Die Schrift ist eine Anklage gegen das System der Gewalt, dem Zehntausende unschuldige Menschen in den Konzentrationslagern ausgesetzt sind. Der Verfasser läßt seinem Berichte die Eidesformel vor deutschen Gerichten vorangehen: „Ich schwöre, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde!“ Er hat das Manuskript als Strafanzeige gegen die vollem Namen angeführten SA-Verbrecher dem deutschen Reichsjustizminister, dem Oberreichsanwalt und dem Stabschef der SA gesandt. Die Antwort darauf war die sofortige Ueberführung der in Deutschland lebenden Frau mit dem neunzehn Monate alten Kindchen des Verfassers in das Konzentrationslager Roßlau.

Preis in: Belgien 10.50 Frs. / Bulgarien 48.— / Dänemark 2.10 Kr. / Frankreich 7.50 Frs. / Großbritannien — 1.10 Pfund Sterling / Jugoslawien 24.— / Dinar / Niederlande 0.75 Gulden / Oesterreich 2.60 Schilling / Palästina — 100 P. Pfd. / Polen 2.60 Zloty / Rumänien 55.— Lei / Schweden 1.90 Kronen / Schweiz 1.55 Frs. / Tschechoslowakei 10.— Kč / USA. — 50 Dollar.

Bestellungen durch jede Buchhandlung oder direkt an Verlagsanstalt
„Graphia“ Karlsbad CSR.